

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Was bedeutet Meinungsfreiheit?«
am 8. Oktober 2020



Sächsischer Landtag

DIALOG

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« am 8. Oktober 2020



Ein Streitgespräch zwischen
Jan Fleischhauer (FOCUS) und
Dr. Heinrich Wefing (DIE ZEIT)



Wegen der Corona-Pandemie und der Hygienevorschriften fand die Veranstaltung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags statt. Um die reduzierte Zuschauerzahl auszugleichen, gab es eine Live-Videoübertragung. Der Gesprächskreis kann in voller Länge auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags angesehen werden.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Impressum:

Herausgeber:
Sächsischer Landtag
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.:
Ivo Klatte, Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Redakteur:
Dr. Thomas Schubert,
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Fotos:
Robert Lohse
Lößnitzstr. 11
01097 Dresden

Gestaltung, Satz:
Ö GRAFIK agentur für marketing und design
Wittenberger Straße 114 A
01277 Dresden

Druck:
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Diese Publikation wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landtags
kostenfrei an Interessierte abgegeben.

Eröffnungsansprache

von Dr. Matthias Rößler,
Präsident des Sächsischen Landtags. . 6

Impulsvortrag

von Jan Fleischhauer,
Journalist und Autor (FOCUS) 10

Impulsvortrag

von Dr. Heinrich Wefing,
Journalist und Autor (DIE ZEIT) 14

Vorstellung der

Podiumsteilnehmer 19

Podiumsdiskussion 22



Der Gesprächskreis kann auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags angesehen werden:
<https://youtu.be/mtmHWcMdIo4>

PGM

NEXT

1 SDI

2 SDI

3 HDMI

4 HDMI

TITLE No Signal

RECORDING REC 01:03:17 164 min

AVCHD 1080/50p PS

STREAMING LIVE

PGM L R

JVC

»Die Freiheit der Meinung kraftvoll verteidigen« Eröffnungsansprache von Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Fleischhauer, sehr geehrter Herr Dr. Wefing, liebe Anne Hähnig,

ich freue mich, dass Sie alle meiner Einladung zum Dresdner Gesprächskreis gefolgt sind. Es war diesmal etwas holprig auf dem Weg zu dieser Veranstaltung. Die Idee war ja bereits Ende des vergangenen Jahres geboren, der erste Termin sollte in diesem Frühjahr sein, dann durchkreuzte Corona die Pläne. Es ist der 13. Gesprächskreis, vielleicht lag es auch einfach an der Zahl.

Nun hat es am Ende doch noch geklappt. Wir sind nicht im Sächsischen Ständehaus, stattdessen in unserem wunderbaren Plenarsaal im Sächsischen Landtag. Hier ist mehr Platz, hier sitzen wir auf Abstand, hier können wir heute Abend über Meinungsfreiheit diskutieren und unsere mittlerweile gute Tradition der Dresdner Ständehausgespräche fortführen.

Die Pandemie, meine Damen und Herren, hat nicht nur unser Veranstaltungskonzept verschoben – das ist das Geringste. Sie hat vor allem viele Menschen in ihrem Leben hart getroffen, sie stellt unsere Wirtschaft ebenso wie unser Sozial- und Gesundheitssystem auf die Probe. Und sie prüft unser gesellschaftliches Miteinander. Es ist daher eine »aufregende und vor allem aufgeregte Zeit«, wie der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse neulich in der Sächsischen Zeitung schrieb, eine Zeit voller Streit und Wut.

Ich sagte eingangs, wir hatten den Gesprächskreis zum Thema Meinungsfreiheit bereits geplant, als von der Corona-Pandemie noch nichts zu erahnen war. Denn die Thematik bewegt uns, bewegt mich schon weit länger. Das Meinungsklima und die Streitkultur in unserem Land radikalisiert sich schließlich seit Jahren, zumindest nehmen wir das so wahr, wie Umfragen zeigen.

Besonders in den sozialen Medien toben sich extremistische Hassprediger ungehemmt aus, sähen ihre Saat des Bösen in den Acker der Gesellschaft oder rufen offen zur Gewalt gegen Andersgläubige, Andersdenkende oder Andersfarbige auf. Feindbilder und Fanatismus werden hier verbreitet, es gedeiht der Hass auf Minderheiten, auf den Staat, auf Parlamente und Parlamentarier, auf Unternehmen und nicht zuletzt auf den einzelnen Menschen. Sprachliche Gewalt wird als Meinungsfreiheit getarnt, die Menschenwürde scheint bei Worten nicht zu gelten.

Hannah Arendt sagte einst: »Das Sprechen ist auch eine Form des Handelns.« Für mich heißt das zum einen, was wir sagen und wie wir etwas sagen, erlaubt Rückschlüsse auf unser Handeln. Zum anderen ist unser Sprechen durchaus geeignet, das Tun anderer zu beeinflussen – im Guten wie im Bösen.

Eine von Feindseligkeit und Verunglimpfung durchzogene politische



Radikalsprache, wie wir sie leider immer wieder erleben, bringt nichts als Böses zum Vorschein. Hass und Hetze motivieren zur offenen Gewalt. Volksverhetzer und Propagandisten aller Couleur wissen das und betreiben unbeirrt ihr niederträchtiges Spiel.

Es ist daher nur angebracht regelmäßig zu fragen, was Meinungs- und Redefreiheit bedeutet, was sie ausmacht, wo ihre Grenzen verlaufen. Denn selbstredend hat auch der Gebrauch dieser Freiheit Schranken. Zwar gilt seit jeher, dass viel zu ertragen hat, wer die Freiheit der Meinung ernst nimmt. Doch auch diese Freiheit ist eben nicht ab-

solut. Sie muss abgewogen werden. Ein »zivilisatorisches Minimum« ist hierbei unerlässlich. Drohen mit Mord und Totschlag, Entmenschlichung und Volksverhetzung können in einer Demokratie nie legitim sein, selbst wenn es legal sein sollte.

Ohne jeden Zweifel gibt es in einer zivilisierten Gesellschaft Grenzen des Sagbaren, die wir miteinander immer wieder bewusst abstecken müssen. Leider entgrenzt sich diese Grenzziehung unterdessen zu oft, ist zu rigide, wird bestimmt von ideologisch abgeschotteten Milieus, von wenigen Biedermännern. Was einem angenehm ist, das bejubelt

man, was einem nicht genehm ist, und sei es nur im Ansatz, das wird nicht nur abgelehnt, das wird verbannt. Die »aggressive Gesprächsverhinderung«, wie der Bundespräsident das nannte, die andere zum Schweigen bringt, damit sie das eigene Weltbild nicht stören, sie ist ebenso gefährlich für eine offene Gesellschaft wie die aggressive Gesprächsführung es sein kann.

Zum einen ist da eine fehlgeleitete »Cancel Culture«, also das bei einigen populäre Treiben, politisch missliebige Menschen mundtot zu machen, sie als Aussätzige zu etikettieren, denen man nicht nur nicht zuhört, die man nicht



einmal reden lässt. Wir finden das immer wieder in den Hochschulen, in der Kulturszene oder im medialen Raum. Da wird mit Vehemenz boykottiert, gestört, gecancelt.

Zum anderen gibt es vermehrt einen öffentlichen Konformitätsdruck, der Meinungen prüft und Abweichler, seien sie auch in der großen Mehrheit, sozial ächtet. Ein Konformitätsdruck, der aus einem hypermoralischen Impetus heraus Haltung einfordert und »Andersdenkenden« die eigene Logik aufzwingt: Du denkst nicht wie ich? Dann denkst du falsch! Dann denkst du nicht! Von der gern gepredigten

Toleranz ist das alles weit entfernt, mit dem Austausch von Argumenten hat es nichts zu tun.

Einer Demokratie tut das alles nicht gut. Wir sollten daher als Demokraten, als demokratische Gesamtgesellschaft doppelt wachsam sein: Wir müssen die Demokratie und damit auch die Meinungsfreiheit vor politischen Extremisten und sprachlichen Scharfmachern schützen, ohne jeden Zweifel. Zugleich müssen wir die Freiheit der Meinung in der Demokratie verteidigen, den Diskussionsraum möglichst offen, weit und liberal halten.

Verehrte Gäste, unser Thema »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« ist bewusst sehr breit gehalten. Es ist ein Dauerthema, das aber immer wieder eine auch grundsätzliche Erörterung verdient hat. Die einen meinen, man könne sich heutzutage nicht mehr frei äußern. Die anderen erkennen eine inhaltliche Entgrenzung der öffentlichen Diskussion, eine Sprache, in der Feindseligkeit im Kleid der Meinung daherkommt. Alle Seiten sehen – jeweils aus ihrer Perspektive heraus – die Meinungsfreiheit in Gefahr.

Wie also steht es um die Meinungsfreiheit in unserer pluralistischen Demokratie? Was ist Meinungsfreiheit überhaupt? Wo fängt sie an, wo hört sie auf? Wie viel Meinungsfreiheit verträgt eine Gesellschaft? Wer oder was bestimmt das Meinungsklima im Land? Und verwechseln wir Meinungsfreiheit nicht zu oft mit Deutungshoheit oder Meinungsführerschaft?

Meine Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich, dass darüber heute zwei Meinungsmacher, zwei Journalisten von Rang und Namen, diskutieren werden. Bitte heißen Sie mit mir Jan Fleischhauer und Dr. Heinrich Wefing herzlich willkommen.

Sie kennen beide. Jan Fleischhauer arbeitete von 1989 bis 2019 für den SPIEGEL und schreibt seit 2019 im Nachrichtenmagazin FOCUS seine



Kolumne »Der schwarze Kanal« fort. Wir haben uns, so glaube ich mich zu erinnern, 1991 im – wie es damals noch hieß – »Interhotel Newa« auf der Prager Straße kennengelernt. Damals ging es um eine radikale Hochschulerneruerung in Sachsen, ich war junger Landtagsabgeordneter, hochschulpolitischer Sprecher meiner Fraktion, und lag mit dem CDU-Wissenschaftsminister Professor Meyer in politischer Dauerfehde. Jan Fleischhauer arbeitete für den SPIEGEL in Leipzig; ich bekam meinen ersten SPIEGEL-Artikel. Das waren die »Zweckbündnisse« Anfang der 1990er-Jahre zwischen »Reformpolitikern« und dem SPIEGEL ...

Unser zweiter Gast des heutigen Abends, Dr. Heinrich Wefing, arbeitete von 1996 bis 2007 beim Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und ist heute Ressortleiter im Ressort Politik bei der Wochenzeitung DIE ZEIT. Ihn kannte ich nicht persönlich, wohl aber lese ich seit Jahren gern seine Artikel. In meiner Neujahrsansprache 2016 hieß es »Wir brauchen einen starken Staat«, Heinrich Wefing hatte das Thema vorher vielbeachtet in der ZEIT beschrieben.

Meine Damen und Herren, unsere beiden Gäste haben jeweils eine klare Meinung, für die ich sie sehr schätze und die von unschätzbarem Wert ist.

Beide sind sie preisgekrönt, beide haben sie diverse Bücher verfasst. Heute Abend erleben wir sie im Duett, hoffentlich im Streitgespräch, lassen wir uns überraschen.

Ebenfalls herzlich willkommen im Sächsischen Landtag heiße ich Anne Hähnig, die den heutigen Abend moderieren wird. Anne Hähnig stammt aus dem sächsischen Freiberg und arbeitet als Redakteurin im Leipziger Büro der ZEIT. Ich bin gespannt auf die vielen klugen Gedanken und übergebe Frau Hähnig das Wort.

Vielen Dank.

»Der klassische Versuch, über Skandalisierung Diskursgrenzen zu bestimmen« Impulsvortrag von Jan Fleischhauer, Journalist und Autor (FOCUS)

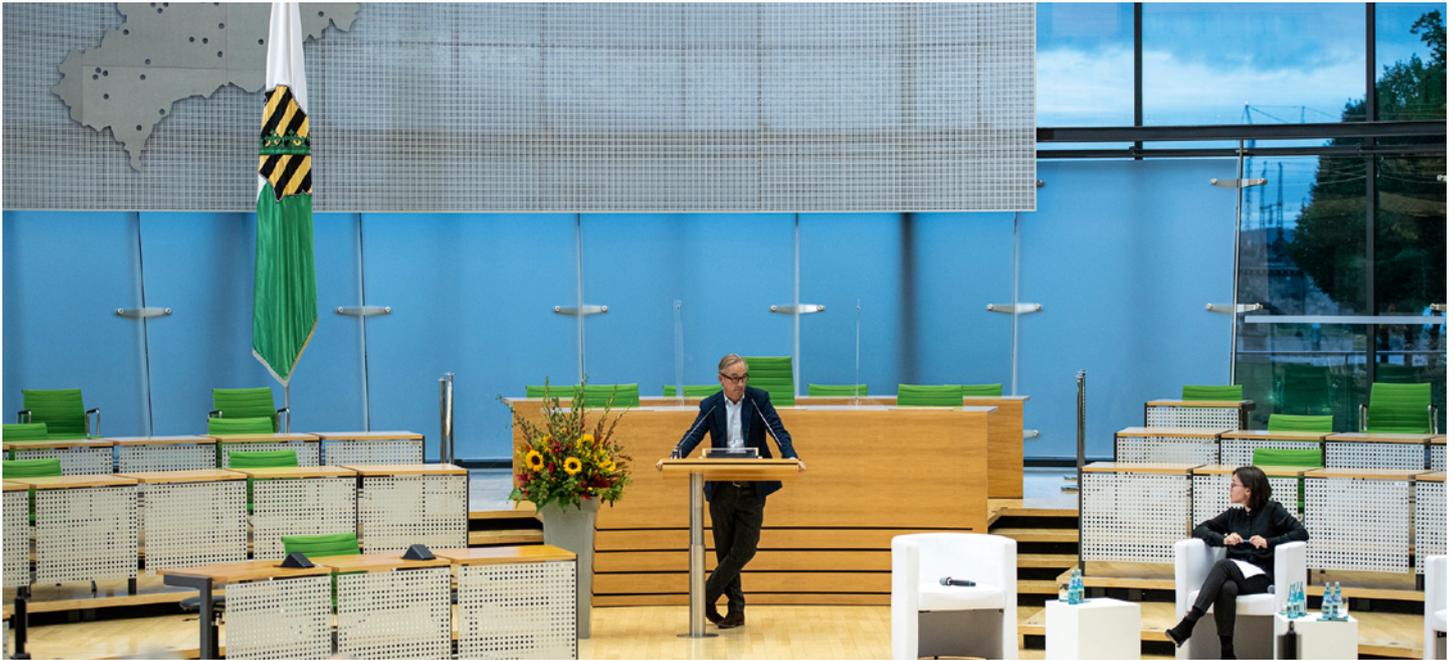
Guten Abend. Ich freue mich sehr, hier bei Ihnen zu sein. Wenn man eine Einladung vom Landtagspräsidenten in Sachsen bekommt und eine Kolumne hat, die »Der schwarze Kanal« heißt, dann kann man nicht nein sagen. Die meisten im Westen wissen gar nicht so genau: »Schwarzer Kanal«, warum »Schwarzer Kanal«? Hier muss ich keinem erklären, was der »Schwarze Kanal« ist. Als ich meine Kolumne vor zehn Jahren im SPIEGEL startete, da dachte ich, es ist mal ganz charmant, den Sozialismus zu beklaulen, weil ich nämlich feststellte, dass Karl-Eduard von Schnitzler vergessen hatte, sich ein Namensrecht zu sichern.

Ich will auch gar kein großes Referat halten, lediglich ein paar Gedanken zur Einführung äußern. Das Institut für Demoskopie Allensbach veröffentlichte letztes Jahr im Mai eine Umfrage zum Thema Meinungsfreiheit. Wie sehen die Deutschen das Meinungsklima im Lande? Da haben 71 Prozent gesagt, dass sie glauben, man müsse bei bestimmten

Gedanken vorsichtig sein, die man in der Öffentlichkeit äußere. Diese Umfrage hat große Aufmerksamkeit gefunden, interessanterweise vor allem Ablehnung. Es wurde breit darüber berichtet und dann gleichzeitig dazu geschrieben, dass das natürlich totaler Unsinn sei, was die Bürger da äußern würden.

Ich saß kurze Zeit später auf einem Podium des Verbandes der Zeitschriften, dem VDZ, neben mir Marion Horn, damals noch Chefredakteurin der »Bild am Sonntag«, auf der anderen Seite Jörg Quooos von der Funke-Mediengruppe. Ich zitierte diese Umfrage, und die fielen sofort über mich her. Ich glaube, ein Teil der Aversion erklärt sich dadurch, dass wir Journalisten natürlich ein Teil der Öffentlichkeit sind und auch Meinungsfreiheit garantieren sollen in dem, was wir tun. Wenn 71 Prozent sagen, dass sie diese Meinungsfreiheit nicht mehr so gewährleistet sehen, haben sich viele Journalisten selbst mit angesprochen gefühlt. Daher kommt möglicherweise auch diese Aversion.

Ich glaube, dass diese Umfrage falsch interpretiert wurde. Falsch interpretiert dahingehend, dass die Leute gar nicht gesagt haben, was sie für sich selbst meinen, also ob sie sich selbst nicht trauen, zum Beispiel an der Ladenkasse, in der Kantine oder im Landtag, wo sie eben gerade beschäftigt sind, ihre Meinung zu sagen, sondern dass sie ihrem Eindruck Ausdruck verleihen wollten, wie es insgesamt um das Meinungsklima in Deutschland bestellt ist. Man kennt das auch von Umfragen zu ökonomischen Aussichten. Da haben sie öfter das Phänomen, dass Leute insgesamt eine sehr pessimistische Aussicht haben, was in Deutschland die ökonomischen Erwartungen angeht. Wenn man sie dann fragt, wie sie das für sich selbst sehen, dann äußern sie sich erstaunlich rosig: »Bei mir selbst, glaube ich, läuft das alles in der nächsten Zeit finanziell ganz gut.« Ich denke, dass dies die Umfrage von Allensbach zum Ausdruck gebracht hat. Man kann es den Leuten auch nicht ganz verdenken.



Nehmen wir nur einmal die letzte Woche. Wenn Arnold Vaatz hier bei Ihnen im Landtag zum 3. Oktober spricht und die SPD, die Grünen und die Linken meinen, sie müssen nicht dabei sein, dann hat das etwas mit unserem Meinungsklima zu tun. Also dass man glaubt zu wissen, was vertretbare Meinungen sind und was nicht. Ich habe mir übrigens die Rede von Herrn Vaatz angesehen, den ich ganz gut aus meiner Zeit in Sachsen kenne. 1991, da war er noch Umweltminister, habe ich ihn für den SPIEGEL porträtiert. Gewisse Charaktereigenschaften, die ich damals schon in ihm gesehen habe, haben sich fortgesetzt, im Alter

gewissermaßen verstärkt. Er hat damals über sich gesagt, was für einen Spitzenpolitiker erstaunlich war, er sei unangepasst, uneinsichtig und dann gab es noch etwas Drittes, sowas wie querulatorisch. Normalerweise ist das ein Todesurteil, wenn man das als Minister selbst von sich sagt. Das hat sich in gewisser Weise fortgesetzt, und ich mag solche Leute. Ich habe mir diese Rede nun angehört und habe da nichts Skandalöses erkennen können. Jedenfalls nichts, was rechtfertigen würde, dass man rausrennt und sagt: Nee, nee, Ohren verstopfen, das darf ich mir nicht anhören.

Es gibt eine Diskussion in Deutschland über »Cancel Culture«. Das ist so ein Wort, das wir wie vieles aus Amerika importiert haben – »Cancel Culture« als der Versuch, Diskurslinien zu bestimmen. Jetzt werden alle sagen: Der Mann durfte doch am 3. Oktober reden, über die Rede wurde doch breit berichtet. Das stimmt. Aber der Versuch ist natürlich, dieses starke Signal zu setzen: Wir können nicht dabei sein, wenn dieser Mann im Sächsischen Landtag redet. Ihn so zu stigmatisieren als jemanden, den man im Grunde nicht einladen sollte. Auf Dauer, glaube ich, hat das einen Effekt. Schon bei der nächsten Einladung wird sich dann



der eine oder andere fragen: »Sag mal, Arnold Vaatz, ach, gibt es nicht irgendjemanden, bei dem die Leute nicht rausrennen?« Das ist für mich der klassische Versuch, über Skandalisierung Diskursgrenzen zu bestimmen.

Außerdem stört mich, zumindest habe ich diesen Eindruck, dass man immer besonders scharf auf die eine Seite sieht, also eher nach rechts, und wenn man nach links schaut, relativ großzügig verfährt. Wenn sich die Parteivorsitzende der SPD selbst als Alterspräsidentin der Antifa bezeichnet, einer Gruppierung,

die durch linksextremistische Taten in West wie Ost auffällt und die sozusagen als Folklore wahrgenommen wird, habe ich das Gefühl, hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

Vielleicht noch ein Letztes zu meinem eigenen Berufsstand. Mein Eindruck ist – und das spiegelt sich auch in dieser eingangs zitierten Umfrage wider –, dass immer mehr Kollegen sich nicht mehr als Beobachter oder Kommentatoren der Ereignisse verstehen, sondern im Grunde selbst als politische Aktivisten. Dass sie also glauben, sie

müssten entweder einer Sache mit zum Durchbruch verhelfen oder etwas verhindern.

Als die AfD aufkam und dann zum Siegeszug in einer Reihe von Landtagswahlen ansetzte, da wurde zum Beispiel ernsthaft im Journalismus diskutiert, wie wir als Journalisten die AfD kleinhalten können. Ich glaube, wenn man meine Kolumne kennt, bin ich unverdächtig, irgendwelche Sympathien mit der AfD zu haben. Aber ich finde diese Frage falsch. Das ist eine Frage, die sich die politische Konkurrenz der AfD

stellen sollte, also die Grünen, die CDU, die SPD und wie sie alle heißen, aber nicht ein Journalist. Es ist nicht unsere Aufgabe, eine Partei klein oder groß zu halten.

Wir stimmen dem im Prinzip ja auch zu, es ist das, was in den Journalistenschulen und den Hochschulen in der Journalismusszene gelehrt wird. Dann heißt es aber, in diesem Fall, wo wir großen Gefahren ausgesetzt sind, müssen wir diese hehren Grundsätze einmal zeitweise suspendieren, weil es halt um den Kampf gegen Rechts geht oder um den Kampf gegen das

Virus, das ja noch tödlicher ist als der Faschismus.

Wenn sich Journalisten gewissermaßen in eine politische Funktion begeben oder als eine Art Ersatzpolitiker operieren, liegt es in der Logik der Sache, dass sie dann auch einen Teil der Verachtung zu spüren bekommen, die sich gemeinhin gegen Politiker eingebürgert hat. Damit wir uns nicht missverstehen: Ich teile diese Verachtung nicht, ich beschreibe nur einen Vorgang. Dies vielleicht als Eingang.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



»Es steht glänzend um die Meinungsfreiheit in Deutschland« Impulsvortrag von Dr. Heinrich Wefing, Journalist und Autor (DIE ZEIT)

Herr Präsident! Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich in der Tat auch sehr. Mich verbindet mit diesem Gebäude etwas, das schon lange her ist, ein anderes Leben als Architekturkritiker.

Auch von mir nur ein paar kurze Bemerkungen vorweg. Ich glaube, ich muss den Kollegen Fleischhauer enttäuschen. Zu etwa drei Vierteln würde ich ihm zustimmen, aber wir bekommen hinterher sicher trotzdem eine spannende Diskussion hin. Ich glaube, da werden auch »Feindbilder« aufgebaut, die man sich ein bisschen genauer ansehen sollte.

Als Jurist würde ich mit Ihnen gern kurz gemeinsam einen Schritt zurücktreten und noch einmal fragen, warum eigentlich die Meinungsfreiheit geschützt wird. Das steht ja im Grundgesetz, Artikel 5, aber warum ist das eigentlich so? Es gibt, wenn Sie so wollen, einen moralischen oder fundamentalen Grund, und der hat mit der Würde des Menschen zu

tun. Wir können uns schlicht ein Leben in Würde nicht vorstellen, wenn ein Mensch nicht in der Lage ist, seine Gedanken frei zu äußern, frei von Angst und Sorge vor Strafe, Repressalien, frei von der Angst um seine Freunde, seine Familie. Das ist das ganz Fundamentale. Das leuchtet auch jedem unmittelbar ein.

Dann gibt es den historischen Grund. Die Meinungsfreiheit ist ein Schutz des Bürgers und der Bürgerin gegen den Staat, gegen die Macht, gegen »die da oben«, gegen den Kaiser, den König, den Bischof oder wer auch immer Macht in einem System hat. Dafür haben die Bürgerinnen und Bürger 200, 300 Jahre lang gekämpft. Sie haben dafür gekämpft, dass sie vor ihren König oder dessen Beamte treten und sagen können: »Das ist Quatsch, was du uns sagst. Ich folge dieser Anweisung nicht.« Das ist das Verhältnis zwischen dem Oben und dem Unten. Da schützt die Meinungsfreiheit den Kleinen unten gegen den Starken oben.

Ich glaube, das ist nicht mehr unser Problem, da sind wir jetzt gerade in einer neuen Situation. Aber dazu sage ich gleich noch etwas.

Der dritte Punkt ist das wirklich Entscheidende in unserem Zusammenhang: Die Meinungsfreiheit wird geschützt, weil sie, wie die Karlsruher Richter des Bundesverfassungsgerichts sagen, »schlechthin konstitutiv für die Demokratie« ist. Man kann sich die Demokratie ohne sie überhaupt nicht vorstellen. Es gibt keine Demokratie ohne den freien Austausch von Meinungen. Auch dahinter steht die Idee, dass ein Austausch von Argumenten, von Kritik, dass ein Zuhören und ein sich Testen durch Gegenrede, uns insgesamt zu besseren Ergebnissen führen. Dass ich kritisiert werden kann, dass ich herausgefordert werden kann – jetzt gleich von Jan Fleischhauer und dann nachher auch von Ihnen. Dann komme ich, weil die Argumente von Jan Fleischhauer so stark sind, am Ende zu dem Ergebnis, dass ich



vielleicht doch Unrecht habe und er Recht hat. Dann sind wir ein gutes Stück weiter und gehen hinterher zusammen Abendessen.

Das kennen Sie alle auch aus Ihren Unternehmen, aus Betrieben und aus halbwegs funktionierenden Familien. Wenn Sie darüber sprechen, wohin wir denn jetzt gemeinsam in den Urlaub fahren, dann hören Sie dem anderen zu, Sie tauschen Argumente aus, es geht um den Preis und die Sonne, der eine will ans Meer, die andere in die

Berge. Das ist ein ganz banaler Vorgang, der aber eben nur funktioniert, wenn keiner Angst haben muss, sich um Kopf und Kragen zu reden. Das ist das funktionale Argument für die Meinungsfreiheit.

Insofern komme ich langsam auf den Punkt, der mir wichtig ist: Ich persönlich mache mir um die Meinungsfreiheit in Deutschland überhaupt keine Sorgen. Es steht glänzend um die Meinungsfreiheit in Deutschland – zehn von zehn Punkten. Jeder kann sagen, was er will,

niemand muss Strafe fürchten, niemand muss fürchten, dass seine Familie eingesperrt wird. Aus dieser Über-/Unterordnungskategorie haben wir überhaupt nichts zu befürchten. Das ist nicht selbstverständlich. Das war auch in der Bundesrepublik lange nicht selbstverständlich. Es ist noch nicht so lange her, dass der Kabarettist Dieter Hildebrandt im Bayerischen Rundfunk ausgeblendet wurde, weil er entweder etwas Blasphemisches über die Kirche gesagt hat oder über Franz-Josef Strauß. Das ist aber heute nicht unser

Problem. Ich würde sogar sagen, wir haben manchmal das Problem, dass die Gerichte, auch das Bundesverfassungsgericht, die Meinungsfreiheit ein bisschen zu weit ausdehnen. Wenn man einmal durchgeht, was man jemand anderem alles an den Kopf werfen darf und was noch von der Meinungsfreiheit geschützt ist, dann muss man manchmal schlucken. In dieser Kategorie haben wir meiner Einschätzung nach überhaupt kein Problem. Deshalb finde ich, dass die Frage, ob die Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr ist, ein bisschen an dem Punkt vorbeigeht.

Wir haben eine komplett neue Situation. Diese neue Situation besteht darin, dass es nicht mehr irgendwelche Mächtigen sind, die uns unsere Meinung verbieten oder uns ins Gefängnis werfen. Wir haben einen gesellschaftlichen Diskurs, der an vielen Stellen außer Kontrolle geraten ist. Was ich zum Beispiel noch nicht genau verstanden habe: Wer sind da eigentlich die Akteure? Es heißt immer, dann gibt es einen »Shitstorm«. Aber woher kommt der eigentlich? Oder es heißt: Die Linken oder die Rechten fallen übereinander her. Dann gibt es Begriffe wie »neue Blockwarte«, »neue Gedankenpolizei«. Ich frage mich immer,

wer das eigentlich genau ist. Das ist keine rhetorische Frage, das ist durchaus ernst gemeint. Wer sind die Kräfte, die dahinterstehen? Ist es irgendetwas Diffuses aus den Netzwerken? Wir müssen später unbedingt über Social Media sprechen. Ich glaube, das hat viel damit zu tun, aber es ist nicht die einzige Ursache.

Was sind die Instrumente, was sind die Machtmittel, die da angewandt werden? Wie reagiert die Gesellschaft darauf? Es wird von den Rändern reingebrüllt über die Köpfe der Mitte hinweg – Mitte im politischen, im ökonomischen Sinne. Ich glaube, die überwiegende Mehrheit der Menschen in diesem Lande ist einigermaßen von dem angewidert, was da von den Rändern reingebrüllt wird, ist womöglich auch eingeschüchtert. Das kommt dann in so einer Umfrage wie in der von Allensbach zum Ausdruck. Aber umgekehrt frage ich mich manchmal, wie die Mitte reagiert? Etwa beim Phänomen der »Cancel Culture« ist ja die Frage, wer denn der Akteur ist, wer diesen Druck aufbaut und wie die Institutionen der Mitte darauf reagieren. Ich habe den Eindruck, dass es in ganz vielen der Fälle das Versagen der Institutionen in der Mitte ist. Ein Intendant, der aus Angst eine Lesung absagt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die in einem Anflug von Idiotie einen Audiobeitrag von Dieter Nuhr entfernt und





dann im nächsten Anflug von Idiotie, als der »Shitstorm« von der anderen Seite kommt, sagt: Herr Nuhr, Sie dürfen weiter sprechen, aber wir müssen das ein bisschen kommentieren.

Ich glaube, wir müssen über Social Media reden. Wir müssen über das Selbstbewusstsein der Mitte reden, darüber, wie die Mitte mit diesen neuen Herausforderungen umgeht. Braucht es nicht manchmal ein bisschen mehr Selbstbewusstsein, wenn man sich einem »Shitstorm« ausgesetzt sieht, was zweifelsohne traumatisierend sein kann? Wir können auch darüber reden, was viele Kolleginnen

und Kollegen bei uns in den Medien erleben, Frauen vor allem und Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund. Was die jeden Tag kübelweise an Dreck, Hass, Häme erdulden und trotzdem weitermachen, das nötigt mir Respekt ab.

Wir müssen darüber reden, wie wir lernen, diese neue Herausforderung anzunehmen und uns für die Demokratie zu entscheiden. Es gibt für mich gar keinen Zweifel daran, dass wir damit umgehen können, wenn wir nur ein bisschen selbstbewusster sind.

Vielen Dank.



Der Gesprächskreis kann auf dem
YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags
angesehen werden:
<https://youtu.be/mtmHWcMdl04>



Vorstellung der Podiumsteilnehmer



Jan Fleischhauer

Jan Fleischhauer (*1962) ist in Hamburg aufgewachsen und studierte dort auch Germanistik und Philosophie. Er besuchte anschließend die Henri-Nannen-Schule für Journalismus und trat 1989 seinen Dienst beim Hamburger Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL an. Als Korrespondent für Sachsen arbeitete er 1991 in Leipzig, hatte, wie er selbst sagt, seine aufregendste Zeit im Osten. In New York schrieb er von 2001 bis 2005 als Wirtschaftskorrespondent, später wurde er stellvertretender Leiter des SPIEGEL-Wirtschaftsressorts und des Hauptstadtbüros in Berlin. Nach 30 Jahren in unterschiedlichen Ressorts wechselte er 2019 zum Nachrichtenmagazin FOCUS, bei dem er seine 2011 begonnene Kolumne »Der schwarze Kanal« fort schreibt.



Dr. Heinrich Wefing

Dr. Heinrich Wefing (*1965) ist gebürtiger Hamburger, er wuchs in der Hansestadt auf. In Bonn und Freiburg studierte er Rechtswissenschaften und Kunstgeschichte. 1996 wurde der promovierte Jurist Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Elf Jahre lang schrieb er für diese im Feuilleton, zunächst als Kulturkorrespondent in Berlin, dann für drei Jahre als Westküsten-Korrespondent in San Francisco. Im Jahr 2008 kehrte er nach Hamburg zurück und betreute bei der Wochenzeitung DIE ZEIT zunächst die Meinungsseiten. Seit 2010 ist er dort im Ressort Politik tätig, heute auch als Ressortleiter. Aus seiner Feder stammen zahlreiche Bücher, unter anderem schreibt er über Parlamentsarchitektur.



Anne Hähnig

Anne Hähnig (*1988) stammt aus dem sächsischen Freiberg. Sie studierte bis 2010 Politikwissenschaft an der Universität Leipzig, wechselte dann für ein Masterstudium nach München. Dort besuchte sie auch die Deutsche Journalistenschule. Seit 2013 arbeitet sie als Redakteurin für die Wochenzeitung DIE ZEIT, seit 2016 im Leipziger Büro für »ZEIT im Osten«. Der Frage, ob, inwiefern und warum es in Ostdeutschland anders ist und was das für den Rest des Landes bedeutet, spürt sie regelmäßig nach.





Podiumsdiskussion



Anne Hähmig (Moderation): Sehr verehrte Damen und Herren, herzlich willkommen auch von mir. Sie haben es schon gehört: Ich bin die Moderatorin für diesen Abend und will Ihnen kurz sagen, was Sie erwartet. Wir beginnen die Runde mit Impulsreferaten von den beiden Diskussionspartnern. Danach steigen wir in die Diskussion ein. Im dritten Teil des Abends sind Sie dazu eingeladen, Fragen zu stellen. Lassen Sie mich Ihnen bitte zunächst die Diskutanten vorstellen.

Jan Fleischhauer hatte seine aufregendste Zeit im Osten – das behauptet er jedenfalls, wenn er im Osten ist. Wahrscheinlich stimmt es auch. Aufgewachsen ist er in Hamburg, hat dort Literaturwissenschaften und Philosophie studiert, die Henri-Nannen-Schule für Journalismus besucht und kam – so sagt er selbst – als »Kindersoldat« zum SPIEGEL. Er war nämlich sehr jung, 25 Jahre alt, durfte dann nach Leipzig gehen, war hier für zwei Jahre der

Korrespondent für Sachsen, für den Osten. Später wurde er Vizechef des SPIEGEL-Wirtschaftsressorts und des Hauptstadtbüros. Jan Fleischhauer war beim SPIEGEL lange Zeit der sogenannte Vorzeigeintellektuelle, ehe er dann im vorigen Jahr zum FOCUS gewechselt ist. Herzlich willkommen, Jan Fleischhauer.

Heinrich Wefing gehört zu jenen Journalisten, die ein ordentliches Fach studiert haben. Er ist promovierter Jurist, auch aufgewachsen in Hamburg. Er wurde 1996 Redakteur der FAZ und hat seinen ersten Artikel hier über den Neubau des Landtages geschrieben. Er war dann zwei Jahre in San Francisco und gehört seit dem Jahre 2008 der Politikredaktion der ZEIT an, deren Ressortchef er inzwischen ist. Ein Transparenzhinweis: Wir gehören der gleichen Redaktion an, das heißt, wir kennen uns und sind deshalb auch per Du. Also wundern Sie sich darüber bitte nicht. Ich habe mich entschieden,

nur weil wir hier auf einer Bühne sitzen, nicht wieder zum Sie überzugehen. Herzlich willkommen, Heinrich Wefing.

Das Thema Meinungsfreiheit ist wahrscheinlich gerade eines der umstrittensten, das wir in Deutschland haben. Die einen sind der Meinung, über bestimmte Themen könne nicht mehr gesprochen werden. Jan Fleischhauer hat es ausgeführt. Die anderen sind der Meinung, dass dieser Punkt totaler Unsinn sei und allenfalls ein neurechtes Narrativ, eine neurechte Erzählung, die sich irgendwie in den Diskurs eingeschlichen und sich breitgemacht habe. Und jetzt erzählen Journalisten und andere Leute, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr. Was sagen Sie zu diesem Punkt, Jan Fleischhauer? Stimmt es, dass es eine neurechte Erzählung ist, dass die Meinungsfreiheit in Gefahr ist, dass es nur ein Vehikel ist, um künftig seine eigenen Unverschämtheiten besser unters Volk zu bringen?



Jan Fleischhauer: Es kommt ein bisschen darauf an, ob Sie zu denjenigen gehören, die mitschubsen, oder ob Sie das Opfer sind. Nehmen wir einmal einen Fall aus Hessen. Der Chef der Hessischen Filmförderung, die jedes Jahr Millionen Euro über die Schauspielerinnen und Schauspieler, Regisseure usw. ausstreut, trifft sich zum Mittagessen mit dem Chef der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag, Jörg Meuthen. Herr Meuthen stellt anschließend ein Foto dieses Mittagessens beim Italiener in Wiesbaden auf seine Facebook-Seite. Es vergehen zwei Wochen und dann heißt es, dieser Mann sei nicht mehr tragbar in seinem Amt. Es gibt keinerlei Äußerungen von Hans Joachim Mendig, so hieß dieser Funktionär, die vermuten lassen, er habe überhaupt auch nur in besonderer Weise mit der AfD sympathisiert oder irgendetwas Anstößiges gesagt. Es reicht dieses eine Foto, dass eine Unterschriftenliste in Gang gesetzt wird, an der sich am Ende 600 Menschen beteiligten. Das ist nicht mehr der Rand.

Also Iris Berben ist für mich nicht der Rand in Deutschland, sondern die Mitte. Sie verlangt: Wir nehmen keine Filmförderung mehr an, solange dieser Mann Chef der Filmförderung ist. Ich hätte ja gesagt: Gott spart uns viel Geld. Aber das konnte das von den Grünen geleitete Ministerium so nicht sehen. Der Mann verlor seinen Job. Ich dachte, das ist Horror, das ist eigentlich ein irrer Vorgang. Das hat relativ klein, so im Feuilleton, so in Randnotizen eine Rolle gespielt. Das ist, wie soll man das nennen, Herr Mendig jedenfalls würde wohl von »Cancel Culture« reden. Der hat seinen Job aufgrund eines Fotos verloren. Wenn das Leute lesen, dann haben sie schon das Gefühl, da passieren unheimliche Dinge in Deutschland, wenn das möglich ist, und zwar im Grunde auch ohne Widerspruch. Ich glaube, es gab dann einen Kommentar in der FAZ, irgendwo im hinteren Teil des Feuilletons, der da sagte, das sei so nicht ganz in Ordnung. Das ist es dann aber auch schon gewesen.

Anne Hähinig (Moderation): Ist das ein weit verbreitetes Phänomen, dass Leute ihre Jobs verlieren, weil sie mit der AfD Mittag gegessen haben?

Jan Fleischhauer: Ich weiß nicht, ob das weit verbreitet ist, aber dieser Fall ist ein eindrücklicher Fall. Ich treffe mich ja auch oft mit Leuten, wo es dann heißt: Muss man sich eigentlich mit denen treffen? Ich sage ja, als Journalist ist es unsere Aufgabe, sich auch mit Leuten zu treffen, denen andere nicht einmal die Hand geben würden. Das macht übrigens meinen Beruf auch relativ interessant.

Es heißt ja zudem oft, wer sitzt mit wem im Podium? Wenn sich mein Freund Jakob Augstein, der eine knalllinke Wochenzeitung vertreibt, auf Schloss Ettersburg bei Weimar mit Karlheinz Weißmann, einem der Vordenker der Neuen Rechten trifft, dann hat er anschließend Hunderte von Rückfragen, wie das sein könne, dass er sich mit so



jemandem zum Gespräch trifft. Die Denkfigur dahinter heißt: Ja, im Prinzip sind wir dafür, dass man Streit hat, aber das normalisiert das falsche Denken. Indem man sich mit diesen Leuten auf einem Podium treffe, mache man dieses Denken gesellschaftsfähig. Deshalb dürfe man sich nicht mit Leuten der falschen Denkart zusammensetzen. Wenn wir darüber nachdenken, dann ist das eine relativ weitgehende Sache mit Konsequenzen, die wir überall sehen. Ob Sie Theaterveranstaltungen oder Podiumsdiskussionen haben, es wird genau geschaut, dass da nur Leute innerhalb eines sehr, sehr engen politischen Spektrums sitzen.

Anne Hähinig (Moderation): Die Kanzlerin hat kürzlich gesagt, angesprochen auf das Thema Meinungsfreiheit: »Ich komme zu dem Schluss, dass es manchem gar nicht allein darum geht, seine Meinung sagen zu dürfen, sondern darum, keinen Widerspruch zu bekommen.« Das war ihr Kommentar

zum Thema Meinungsfreiheit. Hat sie ein bisschen recht? Ist heute die Fähigkeit, Kritik auszuhalten, geringer geworden, Heinrich Wefing?

Dr. Heinrich Wefing: Ich glaube, es gibt eine Häufung solcher Fälle, wie sie Jan Fleischhauer gerade beschrieben hat. Den Fall des Filmförderungsleiters finde ich absolut falsch und irritierend. Aber auch da stellt sich wieder die Frage: Wer hat ihn rausgeschmissen? Wer hat dem Druck nachgegeben? Da ist eine Entscheidung gefallen. Das war nicht einfach ein »Shitstorm« oder eine Unterschriftenliste mit Iris Berben und 600 Leuten. 600 Unterschriften – Wahnsinn! Andauernd gibt es digitale Petitionen mit Zehntausenden Unterschriften, die in aller Regel zu nichts führen. Irgendjemand hat in diesem Fall eine Entscheidung gefällt, dem Druck nachzugeben. Und da liegt das Problem. Ich finde, es ist vollkommen okay, wenn in einer liberalen Demokratie, Menschen, auch Filmförderer, sagen, sie finden

es nicht in Ordnung, wenn der Leiter der Filmförderung sich mit jemandem trifft, der vermeintlich rechts ist. Das ist vollkommen legitim. Die Frage ist, ob daraus etwas folgt und was daraus folgt. Die am Ende getroffene Entscheidung, diesen Mann seines Amtes zu entbinden, finde ich verheerend falsch. Da sind wir völlig einer Meinung.

Anne, du hattest eben gefragt, wie weit dieses Phänomen verbreitet ist. Das ist empirisch schwer einzufangen. Deshalb würde ich gern noch einmal auf Dieter Nuhr zu sprechen kommen, wobei ich keine Lust habe, den ganzen Abend Einzelfälle durchzugehen. Ich weiß nicht, wie weit Sie alle das Geschehen um Dieter Nuhr verfolgt haben. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die jedes Jahr etwas mehr als drei Milliarden Euro an Forschungsmitteln zu vergeben hat, ist 70 Jahre alt geworden. Irgendjemand in der Kommunikationsabteilung der DFG kam dann auf den fabelhaften Gedanken, eine große



Kampagne zur Werbung für die Wissenschaft zu gestalten. Dann kam jemand auf die noch fabelhaftere Idee, da auch einmal jemanden einzuladen, der andere Schichten anspricht, vielleicht den Kabarettisten Dieter Nuhr.

Ehrlich gesagt, glaube ich nicht, dass das eine richtig gute Idee ist. Ich persönlich muss nicht wissen, was Dieter Nuhr über Wissenschaftsförderung sagt, aber das war offenbar die kreative Idee der Kommunikationsabteilung der DFG. Dann hat Dieter Nuhr einen Audiobeitrag gebracht, der zunächst einmal gesagt hat – was völlig unbestritten ist –, Wissenschaft sei nicht im Besitz absoluter Wahrheiten, sondern hinterfrage sich immer wieder selbst. Dann gab es eine kleine, nicht einmal sehr polemische Spitze gegen Greta Thunberg. Er hat so eine Formulierung gewählt, sinngemäß: »Wer sagt: Folgt der Wissenschaft, hat den Schuss nicht so ganz gehört.« Daraufhin folgt Empörung – wieder im Netz –, große

Empörung, aber auch von Wissenschaftlern, die gesagt haben, sie seien nun so lange mit der Klimaforschung beschäftigt und jetzt schieße der ihnen von der Seite rein – das sei nicht gut. Jetzt kommt die erste Idiotie: Die DFG, getroffen von einem »Shitstorm«, weiß nicht, was sie machen soll und sagt, den Beitrag nehmen sie jedenfalls von ihrer Kampagnen-Website wieder herunter. Zwar legen sie Wert darauf, dass der Beitrag bei Twitter immer unter der DFG-Adresse abzurufen sein soll, das mindert aber das Dämliche dieser Entscheidung nicht.

Dann, als das bekannt wird, erhebt sich ein neuer Sturm der Empörung, angeführt auch von Dieter Nuhr, der voll loslegt und von Pogrom spricht und Ketzerei, also ebenfalls in die allerhöchste hysterische Schublade hineingreift. Wieder folgt ein Sturm der Empörung und die nächste Idiotie: Die DFG sagt, okay, wir drehen es wieder um, er darf doch weitersprechen, aber nur mit

einem einordnenden Kommentar, damit auch jeder, der das hört, wirklich kapiert, worum es geht, also so ein bisschen betreutes Lesen oder Hören. Dieter Nuhr sagt natürlich, dass er da nicht mitmacht, hat er gar nicht nötig.

Wenn ich mir das jetzt ansehe, dann stelle ich fest: Dieter Nuhr ist nicht beschädigt. Er ist als klarer Sieger aus dieser Auseinandersetzung gegangen. Es hat in allen Medien Bekenntnisse zur Meinungsfreiheit und dazu gegeben, dass er sich richtig verhalten und die DFG sich falsch verhalten hat. Die Chefin der DFG und der Chef der Hochschulrektorenkonferenz haben in einem Interview in der ZEIT gesagt, dass sie einen Fehler gemacht haben, besser lernen müssen, mit so etwas umzugehen. Sie hätten es falsch eingeschätzt.

Da zeigt sich wieder, dass eine Institution versagt hat. Die ist viel zu schnell oder überhaupt eingeknickt vor dem »Shitstorm«. Noch einmal: Wer ist dieser



»Shitstorm«? Wer steckt dahinter? Warum muss die DFG dem nachgeben? Und Dieter Nuhr geht als Held vom Feld, bekommt eine Phoenix-Sendung und kann sich noch einmal 45 Minuten lang als Verteidiger der Meinungsfreiheit feiern lassen. Wenn das »Cancel Culture« ist, dann würde ich sagen, hat sie Dieter Nuhr jedenfalls nicht geschadet. Wir sollten da genau hinschauen. Wenn jemand seinen Job verliert, dann ist wirklich eine Grenze überschritten. Wenn Dieter Nuhr sich jetzt als Held mit einem festen Sendeplatz in der ARD und zwei Millionen Followern in den sozialen Netzwerken einem Pogrom gegenüber sieht, dann würde ich sagen: Auch Herr Nuhr kann einmal zwei Stufen herunterschalten. Das war jetzt – ehrlich gesagt – gar keine Antwort auf deine Frage, Anne.

Anne Hähni (Moderation): Hat es jemand gemerkt? Nein. Dieter Nuhr hat einen Appell für freie Debattenräume unterzeichnet, gemeinsam mit vielen

weiteren Unterzeichnern, darunter Jan Weiler, Monika Maron, Boris Palmer. Sie beschwerten sich darüber, dass der Meinungskorridor in Deutschland immer enger werde. Vielleicht können wir gleich über den Meinungskorridor einmal sprechen. Was mir jedenfalls auffiel, ist, dass zumindest die eben Genannten ständig in Medien präsent sind, auch mit ihrer politischen Meinung. Wie passt das zusammen, dass sich diejenigen über eingeschränkte Meinungsfreiheit am meisten oder stark beschwerten, die sich häufiger als die allermeisten Menschen in diesem Land in den großen Medien wiederfinden? Wie erklären Sie sich das, Herr Fleischhauer?

Jan Fleischhauer: Nun muss ich ja nicht selbst Opfer von etwas sein, um mich gegen eine Entwicklung zu stemmen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, dass Jan Weiler oder Boris Palmer – der eine schreibt Bücher, der andere sitzt ständig in Talkshows herum – in der Tat

das Gefühl haben, sie müssten jetzt einmal ihre Stimmen erheben. Sie können ja auch gegen Atomkraft sein, ohne dass das Atomkraftwerk direkt vor ihrer Haustür steht. Das Phänomen, um das es im Kern geht, ist Feigheit. Diese Truppen, die da unterwegs sind, bauen Druck auf und rechnen damit, dass das Eindruck macht. Nehmen Sie meinetwegen eine Frau in einem Ministerium, die über die Kulturförderung in Hessen entscheidet und über den Verbleib in so einem Amt. Sie sagt: Das ist eigentlich meine Crowd, das sind meine Leute. Will ich es mir mit denen verscherzen? Klar, das sind nur 600 Namen, aber es sind die 600 Namen, auf die es für diese Frau eben ankommt: die großen Regisseure, Theaterleute, Schauspieler des Landes, die auf den Partys verkehren, auf die diese Frau, die diesen Job vergibt, eingeladen werden will. Das sind ihre Leute. Ich glaube, es geht um den Kampf um die Hegemonie. Also wer hat das Sagen? Wer bestimmt, wer am Tisch sitzen darf und wer nicht?



Das war 1968 anders. Da saßen gewissermaßen die Konservativen am Tisch. Wir reden jetzt von der alten Bundesrepublik, nicht von der DDR, wo die Dinge noch einmal ganz anders gelaufen sind. Deshalb ist der Blick von hier, vom Osten, auf viele dieser Kämpfe auch noch einmal ein ganz besonderer. Sie haben in der DDR ganz andere Gefechte gehabt. Aber wenn wir von der alten Bundesrepublik sprechen, da kamen die »68er« an und haben eben diese Hegemonie, die damals die andere Seite hatte, infrage gestellt – mit Methoden der Provokation. Lustigerweise trägt das Buch von Götz Kubitschek, einem der intellektuellen Anführer der Neuen Rechten, den Titel »Provokation«. Götz Kubitschek hat sich angesehen, wie die »68er« das damals gemacht haben, und hat darüber ein Buch geschrieben nach dem Motto »Das kopieren wir jetzt«. Jetzt sitzen eben in diesem kulturell medialen akademischen Milieu, also in dem Milieu, das den Debattenraum füllt, die Linken oder Linkliberalen. Das sehen Sie in

Deutschland an jeder Hochschule, in jedem Theater. Ich kenne keinen einzigen rechten Theaterregisseur, ich kenne nur linkes Gemeindetheater. Das sehen Sie im Wesentlichen in der Verlagswelt und natürlich auch in den anderen Medien. Der Kampf geht im Augenblick darum, dass man diejenigen, die jetzt sagen, sie wollen auch an diesen Tisch, draußen zu halten versucht, und die eigene Macht nutzt, um sie draußen zu halten. Ganz kalt. Warum soll ich mich mit diesen Hergelaufenen von rechts überhaupt auseinandersetzen? Ist doch so schön, wir sind doch hier unter uns.

Daher kommt auch dieser Hohn, der Spott in der Stimme der Rechten. Sie wollen doch an sich nur eines: Sie wollen dazugehören, sie wollen auch gehört werden. Es heißt zwar immer »gegen die da oben«, aber eigentlich geht es darum, auch in diese Welt vorzudringen. Daher diese große Kränkung, weil man bislang nicht richtig an den Tisch gelas-

sen wird. Das ist der Kampf, der im Augenblick geführt wird und der relativ erbittert geführt wird, weil diese linksliberale Hegemonie über die letzten 30 Jahre unangefochten war.

Anne Hähnig (Moderation): Früher dominierten die Rechten die Diskurse, heute tun es die Linken. Ist es wirklich so einfach, Heinrich Wefing?

Dr. Heinrich Wefing: Nein. Ich glaube, die Dinge sind insgesamt unübersichtlich, und wir sind in einer Phase, in der neue Dinge passieren. Ich würde sogar Jan Fleischhauer in der Beschreibung in weiten Teilen zustimmen. Auch wir bei der ZEIT halten manchmal Ausschau nach jungen Kolleginnen und Kollegen, die ein etwas anderes Mindset haben, die sich vielleicht sogar selbst als konservativ bezeichnen würden. Die sind sehr schwer zu finden, die wachsen nicht auf Bäumen. Es hat auch einen Grund, warum das so ist, warum es in den Wissenschaften ein anderes Mindset



gibt, wobei man auch da genau hingucken muss, ob wir auf die Geisteswissenschaften schauen oder zum Beispiel die Juristen. Da gibt es viele Konservative. In der Volkswirtschaftslehre ist es ebenfalls so, oder in der Medizin. Ich habe in Bonn und in Freiburg studiert, auch da waren die Geisteswissenschaften nicht durchweg links oder linksliberal. Jetzt können Sie sagen, dass das lange her ist. Stimmt. Aber das hat sich nicht sehr geändert. Wir sollten in dieser Frage nicht zu sehr schwarz-weiß malen. Zum medialen Diskurs gehört zum Beispiel auch die BILD-Zeitung. Die BILD-Zeitung ist meiner Meinung nach weit entfernt von jedem Verdacht, linksliberale Positionen zu vertreten. Sie, Jan Fleischhauer, haben 135 000 Follower auf Twitter, inzwischen sind es wahrscheinlich schon 137 000. Es ist also nicht so, dass es nicht auch Stimmen gibt, die dagegenhalten.

Aber das beschreibt noch nicht abschließend die Realität, mit der wir

konfrontiert sind. Sie haben gefragt: Wer will mit an den Tisch? Das ist in der Tat ein Kampf, der gerade ausgetragen wird. Dabei gibt es aber auch von rechts einen massiven Versuch, wiederum andere Gruppen davon fernzuhalten, mit am Tisch zu sitzen. Wenn ich mir ansehe, was unsere Kolleginnen und Kollegen mit einem nicht Deutsch klingenden Namen jeden Tag an Zuschriften bekommen, dann ist vollkommen klar: Die sollen mundtot gemacht werden, die sollen auch nicht am Tisch sitzen, und zwar mit einer ganz anderen Intention von anderen Kräften. Deshalb habe ich gesagt, dass von den Rändern reingebrüllt wird. Es wird von beiden Seiten reingebrüllt, aus unterschiedlichen Milieus, mit unterschiedlichen Zielrichtungen. Sie würden wahrscheinlich sagen, dass das linksliberale Milieu eher versucht, bestimmte Moralvorstellungen und Lebensweisen zu diktieren. Auf der anderen Seite gibt es aber wirklich Hass, Verhetzung gegen andere Gruppen, gegen Migranten,

Schwule, Lesben, Queere. Wir sind in einer Situation, da versuchen mehr Leute an den Tisch zu kommen, eben weil die Gesellschaft vielfältiger wird. Das ist an sich eine gute Sache. Aber dagegen gibt es von beiden Seiten massiven Widerstand, und zwar mit Mitteln, die einer liberalen Demokratie unwürdig sind.

Jan Fleischhauer: Ich glaube, dass es ein qualitativer Unterschied ist. Ich habe mich mit Harald Martenstein unterhalten, der ein von mir sehr geschätzter Kollege ist, auch Mitkolumnist, in diesem Fall bei der ZEIT, und auch ein Fahrensmann so aus den 1960er-, 1970er-Jahren. Ich glaube, er war sogar in der DKP, der einzigen Partei in der Welt, die an den Sieg der DDR geglaubt hat. Nicht einmal die SED-Anhänger haben zuletzt noch an die Überlegenheit der SED geglaubt. Aber in der DKP, da haben sie noch daran geglaubt. Da war Harald Martenstein einmal Mitglied. Sie sehen, er ist einen



langen Weg gegangen, hat sich dabei so ein bisschen in die Mitte bewegt, einige würden auch sagen nach rechts. Er sagte, es gebe zwei Reaktionen. Wenn sich linke Leute über ihn ärgern, dann schreiben sie an die Chefredaktion und verlangen sofort seine Absetzung. Wenn sich Rechte über ihn ärgern, drohen sie ihm Prügel an. Warum ist das so? Weil der Rechte weiß, dass jeder Anruf in der ZEIT-Chefredaktion völlig hoffnungslos wäre, weil man da die Macht nicht hat.

Was ich zudem meine, vielleicht auch weil wir hier in Sachsen sind: Es gibt eine interessante Aversion gegen den Ostler, die sich in westdeutschen Medien mehr oder weniger deutlich äußert. Der Ostler als Witzfigur. Alte Leute, die im Grunde alle autoritäre Charaktere sind, weil sie wahrscheinlich in der Kindergartenerziehung zu früh von der Mutter getrennt wurden, die einfältige Sachen glauben, hier dann eben so Pegida-Umzüge in Dresden machen – im Grunde alles Nazis.

Wenn wir nun dieses Bild vom Tisch nehmen, also: Wer sitzt am Tisch? Was sind die Themen, über die verhandelt wird, über die geredet werden darf, geredet werden soll? Im Osten war etwa die Kernenergie, soweit ich das beurteilen darf, nie ein großes Thema. Da sind nicht alle schreckerstarrt umgefallen und haben gesagt: »Oh Gott, Kernkraft!« Da ist dieser eher nüchterne Blick auf Technik, von dem ich meine, dass die Bundesrepublik heute davon sehr profitieren würde, gerade wenn wir den Klimawandel ernst nehmen. Das ist etwas, was mehr oder weniger komplett aus der Diskussion ausgeschaltet ist. Das können Sie in ganz vielen Politikfeldern sehen. Der andere Blick aufgrund der anderen historischen, kulturellen Entwicklung des Ostens wird medial nicht widerspiegelt. Es gibt ein paar Ostkollegen, aber das sind relativ wenige in den Redaktionen.

Also divers ist unser Berufsstand nicht. Wir sagen, dass wir alle so für Vielfalt

sind. Dann messen wir Vielfalt interessanterweise aber an der Exotik der Nachnamen und der Hautfarbe. Dass sich jemand, der einen vietnamesischen oder türkischen Nachnamen hat, möglicherweise in der Redaktion gar nicht unterscheidet, weil er die gleiche Hochschule durchlaufen hat, die gleichen Bildungsinstitutionen, das gleiche Mindset hat, genau den gleichen Blick auf das, was wichtig ist und was nicht, das wird total negiert. Das ist ein sehr oberflächlicher Blick auf Vielfalt. Als vielfältig gilt jemand, der ganz andere kulturelle Einstellungen hat, jemand, der zum Beispiel, wenn er ein gläubiger Moslem ist, einen sehr spezifischen Blick auf das Verhältnis von Männern und Frauen hat. So jemanden finden Sie in den normalen deutschen Redaktionen überhaupt nicht. Oder jemand, der von ganz unten kommt, jemand, der es aus dem Hartz-IV-Milieu oder der Arbeiterklasse in eine deutsche Zeitungsredaktion geschafft hat. Reden wir einmal nicht von den Regionalen,



reden wir von der ZEIT, dem SPIEGEL, dem STERN, den großen Meinungsführern. Ich kenne da keinen. DIE ZEIT hat jetzt eine Kollegin ausgegraben, Anna Mayr. Frau Mayr hat ein großes Buch über ihr Leben in einer Hartz-IV-Familie geschrieben, der Vater Tischler und arbeitslos, die Mutter Studentin und arbeitslos. Also eine »echte« Hartz-IV-Familie ist das auch nicht, aber gut. Was ich sagen will: Sie hat gleich darüber ein Buch geschrieben, es ist auch groß ins Schaufenster gestellt worden. Aber das ist ein absoluter Ausnahmefall. Diese Homogenität des Milieus, in dem wir uns bewegen, an der hält man mit Zähnen und Klauen fest. Diese Homogenität bestimmt eben auch die Themen, die wichtig sind, die nicht so wichtig sind. Der Osten kommt da mit seiner Sicht fast nie vor – außer es geht um komische Leute, die hier leben.

Anne Hähni (Moderation): Immerhin gönnt sich DIE ZEIT ein eigenes Büro in Leipzig mit mehreren ostdeutschen

Redakteuren, wo auch dezidiert darauf geachtet wird. So ist es im Grunde auch in anderen Redaktionen. Ich habe eher den Eindruck, es wird gesucht nach Ostdeutschen, nach Leuten mit Migrationshintergrund, nach Leuten, die nicht unbedingt Akademikerkinder sind. Die Suche ist manchmal vergebens und es stellt sich die Frage, warum das eigentlich so ist. Beginnt das Problem womöglich schon früher? Beginnt das nicht erst in dem Moment, in dem eine Stelle ausgeschrieben ist?

Dr. Heinrich Wefing: Das ist so. Wir machen uns in der Tat viele Gedanken darüber. Wir fragen uns immer, warum das so schwierig ist. Ich glaube, es liegt zunächst einmal daran, wer sich dafür interessiert, den Beruf des Journalisten zu ergreifen. Das ist in der Regel nicht jemand, der denkt, er möchte eine Kolumne »Der schwarze Kanal« schreiben. Das ist meist nicht der erste Berufswunsch. Viele junge Menschen, die Journalisten werden wollen, denken

völlig zu Recht, dass es die Aufgabe des Journalismus ist – pathetisch gesagt –, den Mächtigen auf die Finger zu schauen. Das ist nicht per se eine konservative Grundhaltung. Diese Leute gehen an die Hochschulen, an die Journalistenschulen und sind dann der Hauptpool für die Rekrutierung. Wir müssen auch noch einmal nachsehen, ob das so eine gute Idee ist, dass wir ganz überwiegend von den Journalistenschulen rekrutieren. Es war früher ganz üblich, sowohl bei der ZEIT als auch bei der FAZ, jedenfalls da überblicke ich das, Leute anzustellen, die keine journalistische Ausbildung gemacht haben. Ich habe einen wunderbaren Kollegen bei der FAZ kennengelernt, der eine Ausbildung als Schlagzeuger hatte, dann Musikkritiker wurde und irgendwann FAZ-Korrespondent in Tokio. Es sind ein bisschen die krummen Lebensläufe, die fehlen, und wenn wir überwiegend aus den Journalistenschulen rekrutieren, dann bekommen wir auch ein relativ homogenes Feld von Bewerberinnen und Bewerbern.



Wollen wir noch lange über Journalismus reden?

Anne Hähning (Moderation): Nein, ich wollte gerade wieder enger an unser Thema heran. Sie sprachen gerade vom Osten. Ich entstamme einer Generation hier in Ostdeutschland, der ständig in der Schule und im Studium gesagt wurde: Mischt euch in Debatten ein, meldet euch zu Wort, wenn Extremisten offen auftreten, engagiert euch, Demokratie ist fragil, lasst es euch nicht gefallen, wenn Extremisten das Wort ergreifen. Ich habe den Eindruck, jetzt gibt es eine jüngere Generation, die Generation unter mir, die das verdammt ernst nimmt, die macht das, die boykottiert Auftritte von Politikern. Wir haben das beispielsweise in Hamburg erlebt, als der Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der Mitbegründer der AfD, der aus der Partei schon lange ausgetreten ist, dort sprechen sollte und Studenten das regelrecht unterbunden haben, weil sie heftig dagegen protestierten. Im Grunde

machen sie aber genau das, was schon meiner Generation erzählt worden ist: Mischt euch ein, wehrt euch gegen Extremisten. Was muss man denn kommenden Generationen so raten?

Jan Fleischhauer: Das ist doch wohl hoffentlich nicht mit Einmischen gemeint gewesen, dass man sich im Hörsaal die Ohren zuhält und meint: Oh, oh Gott, der sagt jetzt böse Worte! Das killt mich dermaßen, diese Superempfindlichkeit an deutschen Hochschulen. Ich weiß gar nicht, woher das kommt? Ein falscher Witz und alle fallen in Ohnmacht. Das ist mittlerweile eine eigenartige Mischung aus Hyperaggressivität, also ein falscher Witz, ein falsches Wort, die Gendersprache nicht richtig beherrscht, und gleichzeitig dieser Supersuperempfindlichkeit. Ich bin noch nicht richtig dahintergekommen, wie das zusammenhängt. Ich bin jetzt 58 Jahre alt, ich habe viel über die »68er« geschrieben und mich viel über sie lustig gemacht. Aber ich sage

Ihnen: Je älter ich werde, umso mehr leiste ich Abbitte bei den »68ern«.

Kann man sich vorstellen, dass Fritz Teufel, einer der Anführer damals, eine Einladung bekommt zu einer Podiumsdiskussion, auf der auch ganz viele Rechte und Konservative sitzen, und er sagt: Oh Gott, oh Gott, da kann ich nicht hingehen, da sitzen ja so viele Rechte, ich verkrieche mich unter dem WG-Tisch. Nein, Fritz Teufel wäre extra hingegangen und hätte sich etwas überlegt, um diese Runde aufzumischen. Das ist der Geist, mit dem die »68er« übrigens auch gewonnen haben. Davon finde ich heute in Deutschland viel zu wenig.

Dr. Heinrich Wefing: Aber Herr Fleischhauer, darf ich einmal fragen? Ich habe von den »68ern« auch in Erinnerung, dass die viele Vorlesungen gesprengt haben, dass Professoren gar nicht mehr zu Wort gekommen sind, übrigens Leute, die aus dem



amerikanischen Exil als Naziverfolgte zurück nach Deutschland gekommen waren, die von den »68ern« mundtot gemacht worden sind. Ich würde sagen, das ist »Cancel Culture« von der anderen Seite, oder?

Jan Fleischhauer: Ja, aber es ging gegen die Mächtigen. Das ist der große Unterschied. Wir sprachen doch gerade darüber, wer die Macht hat. Nun kann man mir doch nicht erklären, dass die Rechten die Macht in den deutschen Hörsälen hätten. Nein, das sind nur die linken Professoren, eindeutig. Da gibt es einen einzigen Professor wie den armen Herrn Lucke, und den brüllen sie nieder? Also wenn jetzt alle so wären wie der Lucke und da wäre ein armer Marxist, ein einzelner, gegen den man vorginge, dann würde ich sagen, das ist nicht fair. Und zwar so wie ich jetzt auch denke: Das ist doch nicht fair. Was hat denn der Lucke getan? Der hat die AfD gegründet, das hat ihm mittlerweile schon wahnsinnig leidgetan, der

hat schon tausendmal Abbitte dafür geleistet. Der ist ein Wirtschaftsprofessor. Dann geht man in die Vorlesung und versucht, sie zu sprengen, weil man damit angeblich gegen Rechts ist. Man erkämpft so und so nichts mit dieser Vorstellungssprengerei. Aber das ist genau das, was mich daran so stört, dieser Opportunismus, der sich immer als Widerstand tarnt.

Deshalb habe ich ja bei den Linken Reißaus genommen. Ich komme aus einer guten Familie. Das wissen Leute, die meine Kolumne lesen, ich habe auch über mein Elternhaus häufiger geschrieben. Ich bin sozialdemokratisch aufgewachsen in Hamburg. Es war mir in die Wiege gelegt, ein guter Juso zu werden. Irgendwann habe ich es nicht mehr ausgehalten, diese Sterilität eines Milieus, wo sich ständig alle gegenseitig auf die Schulter klopfen und beglückwünschen, wie widerständig sie gerade denken.

Wenn jetzt alle so wären wie ich, dann würde ich die Hand nicht ins Feuer legen, ob ich dann nicht wieder auf der anderen Seite wäre. Aber da muss noch viel Wasser hier die Elbe hinunterfließen, bis das so weit ist. Genau dieser Widerstandsgeist ist das, was ich vermisse in der politischen Diskussion, das ist das, was ich in meiner eigenen Welt vermisse. Alle haben bei Redaktionskonferenzen fast immer die gleiche Meinung. Es ist furchtbar langweilig. Das ist es auch, dass es gar nicht so Leute gibt, die nur mal aus Prinzip dagegenhalten.

Dr. Heinrich Wefing: Ich weiß nicht, welche Redaktionen Sie kennen, aber bei uns gibt es das schon. Aber Anne, du hast ja gefragt, was denn die jungen Leute jetzt machen sollen. Erstmal bin ich begeistert von der Politisierung. Wir haben immer Politikverdrossenheit und Parteienverdrossenheit beklagt. Parteienverdrossenheit gibt es immer noch, aber Politisierung findet in einer Weise statt, die ich großartig finde. Dass so



viele junge Menschen sich politisieren, dass sie sich einmischen, dass an den WG-Tischen endlich wieder über Politik gestritten wird, das finde ich eine großartige Entwicklung. Ein Teil des Problems besteht jedoch darin, dass durch die sozialen Netzwerke der Eindruck entsteht, ich müsse nur irgendwo dreimal klicken und sei dann schon politisch aktiv. Das ist ein Irrtum, damit bewegt man noch nichts, damit ändert man noch nicht die Politik. Aber die Politisierung an sich ist eine großartige Sache. Das wird dann halt manchmal auch unübersichtlich und heftig, aber ich glaube, das tut am Ende der Demokratie nur gut.

Wir müssen uns mehr streiten. Daran gibt es für mich keinen Zweifel. Der Punkt ist immer nur, wie erbarmungslos ich im Umgang mit den anderen bin und wie sehr ich meinen Punkt durchsetzen will. Da gibt es eine Tendenz, die ich problematisch finde, zu sagen: Ich will gar nicht mehr zuhören, ich will dein Argument nicht hören, ich will mich nur

durchsetzen, ich will, dass du schweigst, dann habe ich nämlich recht. Das ist eine Tendenz, die ein Problem darstellt und die mit Social Media zu tun hat.

Anne Hähmig (Moderation): Die Formulierung, die dann meistens benutzt wird, ist: »Ich will dem anderen keine Bühne geben.« Social Media hast du angesprochen. Das ist ja ein völlig paradoxes Phänomen. Seitdem es Social Media gibt, kann jeder seine Meinungsfreiheit eigentlich noch viel besser ausleben als früher. Meine Mutter, die das Internet nicht nutzt, kann ihre Meinung meinem Vater sagen oder uns, dann ist es das schon. Sie findet da kaum Öffentlichkeit. Jeder, der das Internet nutzt, also wahrscheinlich 98 Prozent der Bevölkerung, kann jetzt plötzlich seine Meinung ins Internet schreiben. Sie können das auch ziemlich oft tun, sie können das auf jeder Nachrichtenseite tun. Wer da mit ein bisschen Akribie dabei ist, gewinnt schnell so ein paar Hundert Leser.

Wie konnte das passieren, dass ausgerechnet mit dem Aufkommen der sozialen Medien eine Debatte darüber beginnt, dass man seine Meinung kaum mehr frei äußern kann? Wie ist dieses Paradoxon zu erklären?

Jan Fleischhauer: Weil es eben das eine ist, ob ich bei Facebook auf meiner Seite etwas schreibe. Da ist in der Tat fast alles möglich, und die Staatsanwälte kommen gar nicht mehr hinterher, die Gesetze, die normalerweise an jeder Ampel gelten würden, im Internet einzuklagen. Und es eben das andere ist, ob ich im SPIEGEL, in der ZEIT, in der Süddeutschen Zeitung wahrgenommen werde. Es heißt ja immer »Demokratisierung des Diskurses«. Jeder ist heute sozusagen als Blogger Teil der Öffentlichkeit. Das ist er irgendwie, aber dann eben auch wieder nicht. Die Zeitung, auch übrigens das Buch, hat nach wie vor eine ganz andere Art von Aura. Ich fand es immer so kurios, bei der AfD haben sie immer über die Mainstream-Medien



gespottet. Aber es freut sich jeder AfDler wie ein Schneekönig, wenn er nur ein kleines Interview im SPIEGEL bekommt. Bis heute wird bei der AfD jeder Talkshow-Auftritt den irgendwo irgendeiner hat, die Minuten gezählt und aufgerechnet am Ende des Monats. Es werden also die Auftritte bei den Medien ausgezählt, über die man gleichzeitig spottet, sie hätten überhaupt keine Bedeutung mehr. Das ist paradox, aber im Grunde weiß man, dass das eben doch noch etwas anderes ist.

Anne Hähnig (Moderation): Im Netz ist es leichter, Gleichgesinnte zu finden. Bekommt man so vielleicht auch den Eindruck, die eigene Meinung sei eigentlich die Mehrheitsmeinung, nur die Medien bilden das eben nicht ab?

Jan Fleischhauer: Zum Teil bilden sie es aber auch nicht ab. Ich habe ja versucht, das am Thema Osten deutlich zu machen. Es gibt hier eine besondere

Empfindlichkeit, was die Versuche angeht, Meinungskorridore zu bestimmen. Da hört man im Westen gar nicht hin, sondern das ist abgetan. Wovon reden die denn eigentlich? Es ist doch das freieste Land der Welt. Es gibt hier übrigens auch aufgrund der Diktaturerfahrungen ein anderes Ohr für »Doppelsprech«. Das Brutalste an einer Diktatur ist ja, dass die Offiziellen so reden, sie aber wissen, dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Es ist diese Schizophrenie, die sie aushalten müssen, dass die Realität, die sie jeden Tag erleben, im Grunde nie beschrieben werden darf. Das geht so weit, dass es Leute in den Wahnsinn treibt. Diese Art von »Doppelsprech«, dass man Dinge behauptet, die man gar nicht so meint, die gibt es auch im Westen. Dafür hat man hier im Osten ein Ohr, das feiner justiert ist. Statt sich das einmal anzuhören, wird das einfach immer abgetan. Das sehen wir auch in den Umfragen. Das treibt die Spaltung in diesen Landesteilen voran.

Anne Hähnig (Moderation): Beim MDR gibt man sich inzwischen Mühe, viel mehr Hörer und Zuschauer zu Wort kommen zu lassen als jemals zuvor. Das bekommt auch nicht immer gleich Applaus. Aber kann man wirklich sagen, dem Osten würde überhaupt nicht zugehört, das würde abgetan, was Menschen hier umtreibt?

Dr. Heinrich Wefing: Ja, der Osten ist unterrepräsentiert in allen Eliten des Landes. Das ist ein statistisches Faktum, an dem wir gar nicht vorbeikommen. Das ist natürlich falsch. Wir haben nach 30 Jahren Einheit zum allerersten Mal eine Richterin am Bundesverfassungsgericht mit ostdeutschem Hintergrund. Das ist eine dramatische Unterrepräsentation, und das gilt in gewisser Weise auch für die Medien. Die Leitmedien des Landes sitzen alle im Westen. Es ist immer noch eine westdeutsch geprägte Bundesrepublik, daran besteht aus meiner Sicht überhaupt kein Zweifel. Wir müssen uns alle anstrengen, dass das anders wird.



Entschuldigung, ich bin an diesem Punkt ein bisschen penetrant, aber ich würde gern einmal etwas zu den sozialen Netzwerken sagen, weil ich glaube, dass das wirklich für unseren Diskurs über Meinungsfreiheit wichtig ist. Das eine ist: Ja, es gibt eine spezielle Demütigung, wenn man wahnsinnig aktiv ist in diesen Netzwerken, wenn man auch eine große Followerschaft hat, aber in Wahrheit hört niemand zu. Es folgt nichts daraus. Das ist eine spezielle Demütigung.

Das Hauptproblem ist aber ein anderes. Es kommen viel mehr Leute unterschiedlichster Art und mit unterschiedlichsten Beiträgen zu Wort. So etwas wie die Demonstrationen in Belarus oder Tunesien sind ohne die sozialen Netzwerke überhaupt nicht denkbar. Das muss man sich noch einmal klarmachen. Ich bin wirklich kein Freund von Facebook und Twitter. Ich habe mich bei Facebook abgemeldet. Ich glaube, dass dieser Konzern wirklich eine Be-

drohung für die Demokratie ist, aber es gibt Fälle, da haben die geholfen. Nur ist eben das Problem, was auch massiv zur Radikalisierung beiträgt, die Selbsterzählung dieser sogenannten Plattformen, dass sie politisch neutral seien. Das ist eine Mär, ich würde fast sagen, eine Lüge. Das sind keine Plattformen, auf die die Nutzer einfach stellen, was sie wollen – fertig. Die Nutzer können da zwar draufstellen, was sie wollen, aber die Plattformen machen damit etwas. Ihre Programme sind so eingestellt, dass sie Emotionen und Radikalität fördern. Je emotionaler, desto besser.

Die Programme sind zum Teil von Videospiel- oder Gamedesignern mit entwickelt worden. Es gibt einen massiven Anreiz dafür, so zu posten, dass es schnell viele Reaktionen gibt. Das ist wie ein Spiel. Wenn Sie auf den Plattformen sind, dann merken Sie das auch. Sie wollen, dass es viele Likes und Retweets gibt und dass Sie viele Follower haben. Viele User sehen sich häufig an,

wie viele sie gerade haben und wie viele sie dazugewinnen und wann sie welche verlieren. Wie erreichen Sie Follower? Nicht durch maßvoll abgewogene, differenzierte Positionen, sondern durch Zuspitzungen. Je mehr Sie zuspitzen, desto mehr Zustimmung erhalten Sie. Das ist das eingebaute System, und das hat massive Nebenwirkungen.

Es gibt eine Untersuchung vom Massachusetts Institute of Technology (MIT): Fake News verbreiten sich durch die Algorithmen sechsmal schneller als langweilige wahre Nachrichten. Es ist kein Zufall, dass die Verschwörungstheorien wachsen. Das hat mit der Rolle von Social Media zu tun, von Facebook. Es gibt haufenweise Untersuchungen darüber, wie die besonders in fragilen Demokratien Hass und Feindschaft zwischen Bevölkerungsteilen fördern. Diese Maschinen sind nicht neutral, sie sind Erregungsmaschinen. Sie sind darauf programmiert, dass sie die Nutzer so lange wie möglich auf ihrer Website



halten; denn dann können sie ihnen besonders viel Werbung verkaufen. Das ist ein hyperkapitalistisches System, das zu Aufregung, Zuspitzung, Emotionalisierung führt.

Alles das geschieht vor unseren Augen. Was ich bis heute nicht verstehe, ist, warum die Politik, die zuständigen Regulierungsbehörden da nicht einschreiten. Wenn wir bei der ZEIT ein Interview mit Jan Fleischhauer drucken, dann sind wir bei der ZEIT dafür verantwortlich, was Jan Fleischhauer sagt. Wenn er dummes Zeug redet, sind wir dafür verantwortlich – er auch, aber wir ebenso. Wir müssen darauf achten. Ich verstehe nicht, warum das nicht endlich auch für die großen Netzwerke gilt. Wieso schafft das niemand? Ich weiß schon, warum, aber es muss sich dringend ändern. Diese Plattformen müssen in die Verantwortung geholt werden – ganz schnell, sonst erleidet die Demokratie weltweit echten Schaden.

Anne Hähning (Moderation): Was müsste Facebook denn tun, um keine Gefahr mehr für die Demokratie zu sein?

Dr. Heinrich Wefing: Sie könnten damit anfangen, Beiträge zu moderieren. Auf unseren Webseiten, beim FOCUS, beim SPIEGEL, bei der ZEIT, beschäftigen wir Moderatoren, die dauernd schauen, was es in den Darunter-Kommentaren gibt. Die holen da sofort alles heraus, was gegen unsere eigenen Richtlinien verstößt. Das wäre zum Beispiel ein erster Schritt. Jeder von uns kann sehen, was sich bei Facebook, bei Twitter, bei YouTube an Hass, Hetze, jeder Form von Gewaltverherrlichung austobt. Es ist wirklich aberwitzig. Dann lesen sie sich durch, was die eigenen Hausregeln dieser Plattformen sind. Es ist alles untersagt. Und dann beschweren sie sich und die sagen: »Wir sehen da kein Problem.«

Als Nächstes müsste der Staat hingehen und sagen: Wir sorgen dafür, dass die

Regeln, die wir in unseren allgemeinen Gesetzen haben, auch bei den Plattformen durchgesetzt werden. Natürlich braucht es dafür viel mehr Staatsanwälte. Das ist ganz klar. Aber die Plattformen weigern sich häufig, solange sie können, die IP-Adressen von Leuten herauszugeben, die Hass und Hetze betreiben. Es gibt Links auf übelste Seiten und niemand schreitet dagegen ein. Die zur Verantwortung zu ziehen, wäre die Hauptaufgabe. Es gibt einen relativ einfachen Mechanismus dafür: Die Plattformen genießen das sogenannte Plattformprivileg. Das war ein großer Streit am Anfang der Internetzeit: Werden sie so behandelt wie ein Medium, so wie wir, dass sie Verantwortung dafür tragen, was auf ihren Seiten passiert oder werden sie eher so behandelt wie eine Telefongesellschaft, die nicht für das verantwortlich ist, was durch ihre Telefonleitungen läuft? In einem riesigen Kampf mit großem Lobbyaufwand haben sie das Plattformprivileg bekommen, dass



sie nicht für das verantwortlich sind, was auf ihren Plattformen passiert, jedenfalls solange sie nicht darauf hingewiesen werden. Wenn man diesen Stecker zieht, bricht ihr Geschäftsmodell zusammen. Dann haben wir plötzlich eine ganz andere Situation.

Anne Hähnig (Moderation): Sie im Publikum sind herzlich eingeladen, auch Fragen zu stellen, wenn Sie mögen. Ein kurzes Handzeichen reicht. Da hinten ist schon die erste Frage. Wenn Sie sich an einen der beiden Diskutanten konkret wenden, dann sagen Sie das gern dazu.

Fragesteller: Wenn ich frühmorgens die Zeitung aufschlage – ich habe die Sächsische Zeitung – oder den Deutschlandfunk höre, dann fällt mir immer auf, dass Teile zur Wahrheit fehlen. Dann frage ich mich, warum hier Teile zur Wahrheit fehlen. Das hat mit der Meinungsfreiheit zu tun. Ich erlebe in den letzten Jahren, dass bestimmte

Journalisten aus den großen Medien ausgeschieden sind, die wir jetzt nicht mehr haben. In Sachsen habe ich jetzt erlebt, dass Bischof Carsten Rentzing wegge mobbt wurde. Werner Patzelt wurde nicht die Ehrenprofessur gegeben, so ein kleiner Komiker, Uwe Steimle, darf nicht mehr im MDR auftreten. Hier passiert eine ganze Menge von Dingen, wo wir uns als ehemalige DDR-Bürger fragen, wie das denn sein kann. Ich habe in Erinnerung, dass das früher auch so war. Man musste zwischen den Zeilen lesen, wenn man wissen wollte, was wirklich passiert ist. Das ist eigentlich meine Bitte an die Macher der ZEIT. Sie finden keine jungen Leute, vielleicht wollen die nicht so arbeiten, dass sie nur noch bestimmte Dinge schreiben dürfen und andere weglassen müssen, dass bestimmte Themen nicht diskutiert werden dürfen wie die große Energiewende oder die Massenmigration oder andere Themen. Das ist meine Bitte, dass Sie das offener gestalten. Sie

haben es in der Hand, aber Sie werden immer mehr Leser verlieren, wenn Sie das nicht tun. Danke.

Dr. Heinrich Wefing: Das habe ich jetzt als Frage an mich verstanden. Zu manchen der Vorgänge, die Sie geschildert haben, kann ich nichts sagen, weil ich mich im Detail dazu nicht auskenne. Wenn Sie sagen, dass wir uns mit der Energiewende nicht beschäftigen, dann stimmt das so nicht. Und dass wir uns nicht mit dem, was Sie Massenmigration nennen, auseinandergesetzt haben, stimmt auch nicht. Wir haben heftige Debatten innerhalb des Blattes gehabt – sowohl innerhalb der Redaktion als auch in unseren Seiten –, wie wir mit der Flüchtlingskrise 2015 umgehen. Ich war selbst auf der Seite derjenigen, die gesagt haben, dass wir nicht alle, die zu uns wollen, in dieses Land lassen können. Das können Sie nachlesen. Dass es da keine Diskussion gegeben habe, das stimmt so nicht. Trotzdem würde ich zugeben, dass es zu lange



den Eindruck gab, dass es in dieser Frage zu wenig Kritik gab und dass es zu wenig Andockstationen für die Kritik gab. Ich glaube, das war ein Problem in den Medien, das war aus meiner Sicht noch mehr ein Problem in den Parteien, dass es 2015/2016 im Grunde keine Partei im Bundestag gab, an die man sich wenden konnte, wenn man Probleme mit dem massenhaften Zuzug von Flüchtlingen und Migranten hatte. Das ist der Entstehungsgrund für die AfD gewesen bzw. für deren Wieder- aufleben.

Dass Teile der Wahrheit nicht berichtet werden, dazu müssten wir dann konkret werden. Es gibt immer eine Auswahl, natürlich fallen viele Dinge weg, aber die Behauptungen, dass es ein systembedingtes bewusstes Weglassen von Teilen der Wahrheit gibt oder dass wir Journalistenschüler nur unter der Bedingung einstellen, dass sie bestimmte Dinge nicht recherchieren und schreiben, das ist nicht wahr.

Jan Fleischhauer: Er darf ja sein Blatt nicht loben, deshalb mache ich das jetzt einmal. Ich finde, dass man in der ZEIT das Bemühen merkt, dass beide Seiten vorkommen. Das geht hier auch sehr stark von der Chefredaktion aus, von Giovanni di Lorenzo. Ich kenne auch eine Reihe von Kollegen, die nicht morgens aufwachen und fragen, wo sie jetzt bei den Grünen ihre Stimme abgeben können. In den verschiedenen Redaktionen, vor allem im Feuilleton, sind in der Regel ältere Kollegen, also Leute über 45. Und das ist jetzt die ganz schlechte Nachricht für Sie, weil Sie ja sagten, junge Menschen würden sich deshalb nicht für den Journalismus interessieren, weil ihnen zu sehr gesagt würde, wie sie denken sollen. Nein, es ist genau andersherum. Ich will es Ihnen erklären. Ich bin öfter auf Journalistenschulen. Ich war zuletzt im März bei der Hamburger Journalistenschule, also jener, von der ich komme. Die Leute, die dort sind, verlangen noch viel mehr Haltung. Da hatte ich eine

harte Diskussion. Ich war eingeladen, mit dem neuesten Jahrgang der Hamburger Journalistenschule von Gruner + Jahr über Meinungsjournalismus zu diskutieren. Als Absolvent habe ich mich darüber sehr gefreut. Das sind immer so 18 Leute, also die Elite der Journalistenschüler, die dann über die Redaktionen verteilt werden. Nach diesen ein- einhalb Stunden Diskussion sagte die Sekretärin, das habe sie noch nie erlebt, dass dem Referenten vorgeworfen wurde, er hätte nur Unsinn geredet. Die haben sich wahnsinnig an mir gerieben. Das Argument war immer: Ja, es stimmt alles, aber die Zeiten sind doch so ernst. Wenn wir nicht aufpassen, dann marschieren morgen wieder die braunen Horden durchs Brandenburger Tor. Jetzt müssen wir alle gemeinsam in den Kampf.

Das ist nicht unsere Aufgabe als Journalisten, habe ich gesagt. Da hat sich der Streit entzündet, sozusagen Haltung vor Neugier, was ich für ein großes



Übel des Journalismus halte. Und ich glaube, das wird sich jetzt erst einmal noch verstärken, jedenfalls in der Generation der sogenannten Millennials, also der Leute im Alter von 25 bis 30. Wie die Generation Greta Thunberg, also die Generation Z, dann wieder darauf schaut, das ist eine andere Frage. Auf ihr liegt wieder meine Hoffnung, weil es oft so eine Art Backlash in der nächsten Generation gibt. Ich habe es in der Süddeutschen gelesen und es hat mich sehr gefreut, dass diese naseweisen 25-Jährigen – die immer kommen und sagen: Aha, oh, du hast mit einer Plastiktüte eingekauft. Ist das eigentlich ein Bio-Müsli?, die gleich morgens am Frühstückstisch so richtig schlechte Laune bekommen, so Luisa-Neubauer-mäßig –, schon wieder verspottet werden von denen, die jetzt darunter kommen, von den 16-, 17-Jährigen. Dass dieser heilige Ernst, den Luisa Neubauer ja immer so mit den blitzenden Augen zeigt, dass der schon wieder von den Jüngeren verspottet

wird. Da liegt jetzt meine Hoffnung, dass die Generation Z das anarchische Element hat.

Anne Hähnig (Moderation): Herr Fleischhauer, weil das gerade etwas in der Frage mitschwang. Sie sind seit 1989 Journalist beim SPIEGEL gewesen, jetzt bei FOCUS. Ist es Ihnen einmal passiert, dass Sie über ein Thema nicht schreiben durften, weil man Ihre Meinung zu diesem Thema beim SPIEGEL oder beim FOCUS nicht lesen wollte?

Jan Fleischhauer: Nein. Deshalb habe ich es ja 30 Jahre gut ausgehalten beim SPIEGEL. Ich bin da auch nicht gegangen, weil ich rausgemobbt worden wäre, wie dann anschließend ein paar Leute vermutet haben, sondern weil ich von Burda ein schönes Angebot bekommen habe und mir überlegte, wenn ich mit 57 Jahren noch einmal etwas Neues machen will, ist das jetzt im Grunde die letzte Chance.

Was für die ZEIT gilt, gilt auch für den SPIEGEL. Das sind Hamburger Blätter. Ich bin aus Hamburg, und so habe ich auch immer ein bisschen den Norden verstanden. Es gibt eine andere Liberalität im Norden. So war der SPIEGEL auch immer, jedenfalls unter Rudolf Augstein, seinem Gründer. Von Rudolf Augstein gibt es diesen Satz, der dort am Entree des SPIEGEL-Gebäudes hängt: »Sagen, was ist.« Worauf dann Jakob Augstein, der Sohn, offen gesagt hat: Naja, mein Vater hat gesagt: Sagen, was ist – nicht schreiben, was ist. Also: Sagen, was ist. Immer wenn es eng wurde bei den Diskussionen, die ich beim SPIEGEL hatte, dann habe ich Augstein-Kommentare vorgelesen. Da ist den Leuten die Kinnlade heruntergefallen. Rudolf Augstein war nationalliberal. Der Vorwurf – das hat er wörtlich an Helmut Kohl geschrieben – war: Helmut Kohl, der Mann, der sich dreimal vor der Trikolore verbeugt. Das war der Vorwurf gegen Helmut Kohl, also zu viel Europa. Rudolf Augstein



war einer der ganz wenigen in Deutschland, die immer gegen den Euro waren. Die meisten SPIEGEL-Kollegen haben das vergessen, haben einen Mantel des Schweigens ausgebreitet. Insofern halte ich es mit Rudolf Augstein, der sein Haus geprägt hat.

Auch Hubert Burda, bei dem ich jetzt bin, ist für mich einer dieser alten Gestalten der westdeutschen Zeitungslandschaft. Hubert Burda ist dieses Jahr 80 Jahre alt geworden. Ich sehe ihn öfter zum Mittagessen. Ich bin immer wieder fasziniert von ihm. Der Mann ist Kunsthistoriker. Das ist schon einmal eine gute Voraussetzung für einen Verleger, überhaupt ist es die Bildung. Dann fangen Sie irgendwo bei irgendwelchen digitalen Entwicklungen in Singapur an, die er gerade gesehen hat. Dann fragte er plötzlich: »Jan, haben Sie das Buch gelesen?« Und er erwähnt irgendeinen holländischen Historiker, von dem ich noch nie gehört habe. »Ja, klar«, sage ich. Er wieder:

»Holland im 16. Jahrhundert. Die Erwartung des Neuen. Alle wissen, es kommt etwas Neues, aber sie wissen noch nicht genau, was kommt.« Dann ist er plötzlich wieder in der Digitalwelt. Das ist eine Generation von Verlegern, die aus einer enormen Tiefe der Kenntnis und des Wissens schöpfen. Da habe ich eher Angst, dass diese »Verlagseunuchen«, die uns irgendwann übernommen haben, das alles gar nicht mehr können, dass sie auch die Widerständigkeit nicht mehr haben, diese Neugier, diese Kraft. Da droht dem Journalismus wahre Gefahr.

Anne Hähnig (Moderation): Gibt es weitere Fragen aus dem Publikum?

Fragesteller: Haben Sie vielen Dank für Ihre Vorträge. Es war sehr interessant, auch die Diskussionen. Sie haben ja gesagt, dass Meinungsfreiheit schlechthin konstitutiv ist für die Demokratie. Sie haben ausgeführt, Meinungsfreiheit im herkömmlichen

Sinn haben sich die Bürger erstritten vor mehreren Hundert Jahren, damit sie eben dem König sagen konnten: Ich bin nicht deiner Meinung, ich habe eine andere Meinung, das, was du sagst, was du befiehlst, halte ich für falsch. Die Aufgabe des Journalismus sei es, den Mächtigen auf die Finger zu sehen. Jetzt frage ich mich, wenn ich die Medienlandschaft betrachte, wie viel wird aktuell falsches Denken, falsche Gesinnung geprüft. Sie haben davon gesprochen, dass man manchen Leuten keine Bühne geben darf, dass es da irgendwo in der Meinungsfreiheit sehr große Schranken gibt. Die Frage stellt sich mir, wenn da Menschen, weil sie eine andere Meinung haben, weil sie eben dem König sagen, was er befiehlt, gefällt ihnen nicht, wenn diese Menschen dann stigmatisiert oder diffamiert werden, wie das häufig vorkommt. Wenn ein Bundestagsabgeordneter als rechtsextrem bezeichnet wird, weil er bei einer Veranstaltung seiner Partei aufgetreten ist, und wenn



der Bürgermeister dieser Stadt, in der die Veranstaltung stattfand, anschließend die Kehrmaschine auffahren lässt, weil die politische Luft auf dem Platz gereinigt werden muss – das ist in Grimma vorgekommen –, dann frage ich mich: Wo sind wir heute gelandet? Sind wir wirklich noch in einer freiheitlichen Demokratie? Sind wir wirklich noch dort, wo Meinungsfreiheit schlechthin konstitutiv ist? Das ist meine Frage.

Jan Fleischhauer: Jetzt seien Sie doch mal nicht so depressiv. Lassen wir die Kirche im Dorf. Ich habe die »68er« erwähnt. Die haben sich auch nicht hingesetzt und geklagt, alle seien so gemein zu ihnen. Nein, Kudamm rauf und runter, haben sie sich ausgedacht, Happening, wir mischen mal die Mächtigen auf. Das ist der Gestus. Davon haben Sie übrigens auch gerade hier in diesem Landesteil ein bisschen profitiert. Also in gewisser Weise auch bei PEGIDA, wo es hieß: Wir machen jetzt einmal Demo. Da galt ja die Demo, die

im Westen immer gut konnotiert war, plötzlich als zweifelhafte Veranstaltung. Wir sagen immer, die Stimme der Straße sei etwas ganz Wichtiges. In dem Augenblick, wo Sie hier dann an den Dresdner Elbwiesen auftauchten mit PEGIDA, hat man darüber neu nachgedacht.

Die Frage ist: Wer sind die Mächtigen? Das ist hier die zentrale Frage. Der Journalismus hat sich immer als kritische Stimme gegen die Macht empfinden. Das lief so lange gut, solange die Macht zum Beispiel in der Hand der CDU war, wenn wir jetzt mal vom Westen reden. Dann ging es gegen Helmut Kohl, gegen Konrad Adenauer. Da war die Frontstellung klar. Schon bei Willy Brandt wurde es schwierig, weil das im Grunde einer der eigenen Leute war, dem man die Daumen gedrückt hat mit den Ostverträgen. Bei Helmut Schmidt funktionierte es dann wieder, weil Schmidt dieser »Wehrmachtsknochen« war, bei dem man schon mal habituelle

Gründe hatte, dagegen zu sein. Bei Rot-Grün ist es auch schon wieder ganz schwierig.

Die besondere Situation der Linken, die deutlich überrepräsentiert sind in den Medien, zumindest wird das so wahrgenommen, diese besondere Situation ist, sie müssten ja gegen sich selbst sein. Aus diesem Dilemma kommen sie schwer heraus. Das heißt, der Gestus ist noch da: Wir gucken euch auf die Finger, wir sind die Kritischen. Aber wem gucken Sie auf die Finger? Das Feld, wo es noch am besten funktioniert, ist der Wirtschaftsjournalismus. Denn man kann nun nicht sagen, dass die deutschen Vorstandsetagen in der Hand von Rot-Grün sind. Die Frauen wählen alle die Grünen, um Ablass zu leisten für ihre Männer. Sie verbinden es dann übrigens mit dem Porsche-Fahren, das geht wunderbar, das beobachte ich bei mir in Pullach. Aber gut. Im Wirtschaftsjournalismus ist die Frontstellung noch klar. Ich als Journalist sehe



sozusagen den Mächtigen, den Reichen auf die Finger. Im Politikbereich ist es anders. Die Sozialdemokraten haben die ganze Zeit mitregiert, die Grünen sind zwar eine relativ kleine Partei, waren aber im Durchsetzen ihrer Agenda viel mächtiger. Die gesamte sozialdemokratische Politik ist gewissermaßen von grüner Hand mitbestimmt. Gegen wen ist man da nun eigentlich in der Politberichterstattung oder in der Kulturberichterstattung? Das ist genau das, wo es dann muckelig wird, wo zum Teil Selbstdefinitionsschwierigkeiten der Journalisten auftauchen. Und dann erschrecken sie, wenn Leute auf der Straße mit dem (rechten) Kampfschrei »Wir sind gegen die da oben« unterwegs sind und die mitlaufenden Journalisten anblicken und ihnen sagen: »Ihr gehört auch dazu, ihr seid auch die Elite, wir sind auch gegen euch!« Denn Journalisten sind natürlich mittlerweile Teil der Elite!

Dr. Heinrich Wefing: Also das mit dem »schlechthin konstitutiv« ist nicht von

mir, sondern vom Bundesverfassungsgericht. Ich habe keinen Zweifel daran, dass bei uns niemand für Kritik an den Mächtigen mit Strafe bedroht wird. Punkt. Meinungsfreiheit ist garantiert. Sie können bis hin zu übelsten Beleidigungen, die wir zwischen uns nicht austauschen würden, über die Mächtigen herziehen und haben nichts zu befürchten. Das war Nummer 1.

Nummer 2: Ich empfinde es als eine Grundregel: Wer sich politisch engagiert, wer seine Meinung äußert, muss auch mit Widerspruch rechnen. Und zwar auch mit heftigem Widerspruch. Wenn ich mich auf die Bühne stelle und da meine Meinung kundtue, dann rechne ich damit und finde es völlig in Ordnung, wenn ich auch kräftigen Widerspruch finde. Ich weiß nicht, ob die »Luftreinigung« da das richtige Mittel ist. Man darf sich den politischen Gegner nicht zum Feind machen, weil man sich hinterher mit ihm noch verständigen muss. Jedenfalls in meiner Vorstellung

ist das so. Aber ich glaube, es gehört dazu, dass man den politischen Gegner auch hart bekämpft. Und wenn wir jetzt noch mal auf die von Jan Fleischhauer immer wieder aufgerufenen Zeiten der frühen Bundesrepublik blicken: Schauen Sie sich mal alte Bundestagsdebatten an, wie da die Fetzen flogen! Wie Herbert Wehner gegen die CDU gehetzt oder gekämpft hat. Ich glaube, wir haben inzwischen ein bisschen verlernt, dass politische Auseinandersetzung auch mal hartleibig sein kann, wenn man am Ende zu einem gewissen Kompromiss kommen kann; oder wenigstens ein Bier gemeinsam trinken kann.

Sie haben eine ganze Reihe von Punkten angesprochen, lassen Sie mich noch etwas sagen zur Frage »Bühne geben«. Das ist ja eine Frage, die immer wieder vorkommt. Die klugen Kollegen von unserem Feuilleton haben gesagt, dafür gibt es sogar einen Begriff: »Deplatforming«. Man verhindert, dass jemand anderes eine Bühne bekommt. Das ist



Teil des Kampfes, über den wir die ganze Zeit sprechen. Wir führen diese Debatte auch immer wieder in der ZEIT. Sollen wir jemandem eine Bühne geben? Wir hatten zum Beispiel vor zwei Ausgaben ein Interview mit der ungarischen Justizministerin veröffentlicht, der Justizministerin aus der Regierung Orban. Und es gab hinterher eine sehr anregende und ich finde gute Debatte darüber: Wie sehr muss man sie angehen? Wie sehr muss man sie mit dem Tun ihrer Regierung konfrontieren? Wie konfrontativ führt man so ein Interview? Oder lässt man sie sprechen und dokumentiert das nur für den Leser?

Ich bin der Meinung, dass wir uns innerhalb bestimmter Grenzen bewegen. Ich will keinen Holocaust-Leugner in der ZEIT zu Wort kommen lassen, ich finde da ist eine Grenze überschritten. Aber wir sollten so viele Stimmen wie möglich zu Wort kommen lassen. Die interessante Reaktion ist jetzt: Dieses Interview mit der ungarischen Justizministerin

war an dem Tag, an dem wir es online gestellt haben, das mit Abstand meistgelesene Stück auf ZEIT-Online, das Stück mit den meisten Kommentaren, mit den meisten Reaktionen. Und die Leserpost war interessant. In den Reaktionen spiegelt sich ja eher das Denken, das wir in der abgeschlossenen Redaktionsblase haben. Nun bekamen wir einen Berg Post, der sagte zum einen »Wie könnt ihr einer Antisemitin und Rechtsfaschistin, wie der ungarischen Justizministerin, eine Bühne geben?« und zum anderen »Endlich lasst ihr die mal zu Wort kommen! Die kommen viel zu wenig zu Wort!«. Ich finde in der Tat auch, sie kommen zu wenig zu Wort. Eine Weile lang war ich in Polen unterwegs. Ich habe dabei immer versucht, auch mit polnischen Kollegen wirklich hartnäckig versucht, mit Vertretern der PiS-Regierung ins Gespräch zu kommen. Es hat nicht funktioniert! Ich hatte viele Zusagen und dann kam fast immer was dazwischen. Wenn ein Gespräch zu-

stande kam, wurden hinterher die Zitate nicht autorisiert, also freigegeben. Da gibt es auch eine Verweigerungshaltung. Deshalb habe ich mich persönlich sehr gefreut, dass wir endlich mal die ungarische Justizministerin im Interview hatten.

Letztens hatten wir ein Streitgespräch. Wir haben ein neues Ressort, das heißt »Streit«. Da testen wir neue Formen, dialogische oder streitige Formen. Wir haben den Berliner Innensenator Andreas Geisel mit drei Menschen streiten lassen, die auf der Berliner Corona-Demonstration waren, also der großen Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Es gab dazu Auseinandersetzungen in der Redaktion, aber auch wieder ganz stark bei den Leserinnen und Lesern. Die Reaktionen waren ziemlich mittig geteilt. Die einen meinten »Wie könnt ihr diese Verrückten zu Wort kommen lassen?« und auf der anderen Seite hieß es »Endlich habe ich wieder



Vertrauen in euch, weil ihr auch diese Leute zu Wort kommen lasst!«. Das ist jetzt erst mal nur eine Schilderung der Realität, die ich im Redaktionsalltag wahrnehme. Ist das perfekt? Ist die Meinungsfreiheit in Deutschland irgendwie super vorbildlich? Nein, die Demokratie ist immer fehlerhaft, durcheinander, nervös, fragil. Wir wursteln uns da durch. Aber was die Meinungsfreiheit angeht, diese Meinungsfreiheit, die ich versucht habe zu beschreiben, ich glaube, um die steht es nicht so schlecht.

Anne Hähnig (Moderation): Eine Frage schaffen wir noch. Möchte noch jemand?

Fragestellerin: Wo verläuft bei Ihnen die Grenze der Meinungsfreiheit? Sie haben gerade gesagt, Holocaust-Leugner kommen bei Ihnen nicht zu Wort. Gibt es noch andere Grenzen, wo Sie sagen, das kommt bei uns nicht vor?

Anne Hähnig (Moderation): Tabus! Was sind die Tabus, über die man nicht reden

sollte oder jedenfalls nicht auf eine bestimmte Art?

Dr. Heinrich Wefing: Wir haben keine Liste, die ich Ihnen jetzt vortragen könnte. Und Holocaust-Leugner habe ich jetzt mal aus dem Bauch heraus gesagt. Da wäre auch die Mehrheit der Redaktion relativ eindeutig. Das machen wir einfach nicht. Ein anderes konkretes Beispiel habe ich für Sie: Die Kollegen vom STERN haben vor Kurzem eine ganze Ausgabe an die Bewegung »Fridays for Future« abgegeben. Die Aktivisten durften die redaktionelle Gestaltung übernehmen. Laut der STERN-Chefredakteure sind sie selbst in der Klimafrage keine unabhängigen Journalisten mehr, sondern Partei. Sie müssten mit den Aktivisten an einem Strang ziehen und das Blatt von ihnen gestalten lassen. Bei uns gab es dazu eine Diskussion. Ich kann mich an keinen Beitrag erinnern, der etwas anderes gesagt hätte, als dass das für uns nicht infrage kommt. Wir geben unsere journalistische Unab-

hängigkeit nicht in die Hände von anderen. Ob das nun Klimaaktivisten sind, oder ob das Audi ist, oder ob das der sächsische Landtagspräsident ist. Die Redaktionshoheit geben wir nicht aus der Hand. Das ist in der Tat ein Tabu. Das machen wir nicht.

Anne Hähnig (Moderation): Wo verläuft bei Ihnen die Grenze des Sagbaren, Herr Fleischhauer?

Jan Fleischhauer: Sagbar ist immer alles, die Frage ist, ob das anschließend bestraft wird? Ein Interview ist ja eine besondere Form. Auch DIE ZEIT würde mit einem Holocaust-Leugner ein Interview führen, wenn es Baschar al-Assad oder ein anderer arabischer Potentat wäre. Die sind ja faktisch alle Holocaust-Leugner. Bei denen kommen Sie nicht drum herum! Ein Regierungschef oder ein Massenmörder, der so wichtig auf der Weltbühne ist, dass wenn Sie die Gelegenheit hätten mit dem zu reden, Sie kaum sagen würden, wir reden jetzt



aus moralischen Gründen nicht mit dem. Und dann kommt es darauf an, wie Sie mit dem reden, welche Fragen Sie stellen. Da beweist sich der Journalist. Etwas anderes ist es, wenn man jemanden aufwertet, weil man eine Geschichte über ihn macht. Man kann zum Beispiel eine Geschichte über Horst Mahler machen. Der saß jetzt viele Jahre im Gefängnis in Brandenburg für Holocaust-Leugnung, wiederholter Leugnung. Der Mann ist verrückt. Der hat einst die RAF als Anwalt vertreten und ist dann zur radikalen Rechten abgewandert. Ich finde, es wäre eine journalistische Form, sich mit Horst Mahler zu beschäftigen, heißt mit dem Mann zu reden und dann über ihn zu schreiben. Wenn Sie das als Journalist interessant finden?

Dr. Heinrich Wefing: Das ist genau die Frage! Ist es interessant?

Jan Fleischhauer: Das könnte schon interessant sein. Wie verstricken sich Menschen in Wahnsysteme? Zum Teil

haben wir schon über die sozialen Medien gesprochen und welche Rolle diese dabei haben. Es gibt ja ein paar Fälle von Leuten, nehmen Sie zum Beispiel Akif Pirinçci. Er war ein hoch geachteter Autor von Katzenromanen! Katzen nahmen in seinen Kriminalromanen die Rolle des Kommissars ein. Damit hat er Millionen Euro verdient. Und irgendwann hat er sich im Netz radikalisiert, auf Facebook hat er politische Posts veröffentlicht. Durch diese hat er nach und nach mehr Aufmerksamkeit bekommen und irgendwann ist er auf diesen Trip gekommen, dass er jeden Abend dasaß und diese Kleingemeinde von Followern glücklich machen wollte. Nicht sehend, dass die Mittelschichtsfrau in Hamburg, die seine Katzenromane so liebt, mit dieser anderen Persönlichkeit relativ wenig anfangen kann. Zum Teil lief das dann parallel, aber irgendwann verschmolz das. Und das empfinde ich als ein interessantes Phänomen, wie Menschen im Grunde ihr anonymes Millionen-Publikum, in

diesem Fall die Käufer der Bücher, austauschen gegen dieses Publikum im Netz, was sie anfeuert. Das ist viel kleiner, aber für sie spürbarer, lauter. Wenn Sie so wollen, haben Sie das jetzt auch bei Trump auf einer großen Bühne. Der lebt ja auch davon! Der Mann ist gerade dem Coronavirus von der Schippe gesprungen, schon sitzt er wieder an der kleinen Maschine und muss twittern.

Die gute Nachricht ist, ich glaube das ist ein Suchtverhalten, das nicht wirklich konstitutiv für Deutschland ist. Ich denke da unterscheiden wir uns. Wer ist auf Twitter? Ich glaube in Deutschland so fünf Prozent der Bevölkerung. Wer ist hier auf Twitter? Sehen Sie, gar nicht so schlecht meine Schätzung. Und wir sind hier schon in der Hochrisikogruppe: Politiker! Also fünf Prozent der Deutschen, aber 95 Prozent der deutschen Medienmacher. Deswegen ist es für mich ein fabelhaftes Medium. Ich erreiche da Leute, die sich



entschlossen haben, nie wieder eine Kolumne von mir zu lesen. Wenn ich am Samstagmorgen einen Tweet mit »Neue Kolumne ist draußen« veröffentliche, dann sehen die Leute das und müssen hinklicken. Was macht der Irre jetzt? Ich lebe sehr stark von masochistischen Lesern.

Dr. Heinrich Wefing: 35 000 Journalisten in Deutschland folgen Ihnen auf Twitter?

Jan Fleischhauer: Da sind auch ein paar Bots dabei. Was ich sagen will: Das ist kein Massenmedium, und Facebook übrigens auch nicht. Gucken Sie sich Ihr eigenes Verhalten bei Facebook an. Kommentieren Sie ständig die Welt und fordern irgendwelche Leute zu irren Taten auf? Nein, das machen die meisten nicht. Die stellen Urlaubsbilder rein.

Anne Hähnig (Moderation): Herr Fleischhauer, Parteien geben sehr viel Geld dafür aus, Werbung bei Facebook posten zu dürfen!

Jan Fleischhauer: Das ist die Frage, ob das so richtig sinnvoll ist.

Dr. Heinrich Wefing: Gucken Sie sich mal an, wie viele Jugendliche bei YouTube sind! Und bei Instagram!

Jan Fleischhauer: Instagram ist ein ganz anderes Medium! Das ist eine sehr heile Welt. Welche Partei funktioniert von allen Parteien am schlechtesten auf Instagram? Die AfD. Düstere Botschaften kommen da nicht an. Gut kommt, wenn sich Alice Weidel vor eine Dresdner Landschaft stellt und sagt: Ach, ich war mal wieder in Dresden und man entspannt hier, atmet durch, genießt die schöne Landschaft. Aber das macht sie nicht! Das sind nicht ihre Instagram-Posts. Insofern: Ich glaube, die Gefahr dieser sozialen Medien wird auch ein bisschen überschätzt. Die haben nicht die Durchdringung in unserer Gesellschaft. Sie erreichen die Ränder. Die werden da natürlich heißgemacht. Und da sehen wir dann auch, wie sich

junge Menschen verstricken, auch zu Irrsinnstagen angestiftet fühlen. Aber das ist nicht der Kern von Deutschland.

Anne Hähnig (Moderation): Sind nicht soziale Medien die Orte, in denen »Shitstorms« erst entstehen? Die dann Menschen, wie den Chef oder die Chefin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dazu bringen, Dieter Nuhr wieder von der Website zu nehmen?

Jan Fleischhauer: Aber da hat Herr Wefing doch total recht! Die sind dann ganz erschrocken, weil sie sich in der Welt der sozialen Medien nicht auskennen. Und dann kommt der sogenannte »Shitstorm« und sie gehen in die Knie, weil 30 Leute irgendwas Böses geschrieben haben. Anstatt mal durchzuatmen und zu sagen: Ja, dann sollen sich halt 30 Leute aufregen. Das wäre meine Empfehlung auch an Sie. Nehmen Sie das nicht alles so wahnsinnig ernst! Nur weil das jetzt in Ihrer kleinen Maschine aufflackert und 30 Leute Sie



ganz wütend beschimpfen: Diese 30 Leute sind nicht Deutschland! Das ist eine große Verwechslung, die dann zum Teil auch zu so panikartigen Überreaktionen führt. Wenn ich Ihnen zum Schluss vielleicht einen Rat geben darf: Nehmen Sie das nicht zu ernst und wenn Sie schon meinen, Sie müssen auf Twitter sein: Don't drink and tweet! Also das ist das Gefährlichste! Abends sitzen Sie da, schon ein bisschen beschickert, haben schon drei Riesling intus und denken: Mensch, der zahle ich es jetzt mal heim!

Anne Hähnig (Moderation): Aber Sie haben es auch schon mal gemacht, oder?

Jan Fleischhauer: Nee! Ich habe noch nie einen Tweet abgesetzt, der mir so um die Ohren geflogen ist, von dem ich also abends dachte, der wäre lustig und am nächsten Morgen denke: Oh Gott, was hast du getan? Und ich sage Ihnen eines: Die 500 Tweets, die Sie

vorher abgesetzt haben, die Sie auch interessant fanden, die hat niemand zur Kenntnis genommen! Aber dieser eine, von dem Sie auch dachten, der wäre interessant und den Sie am nächsten Tag bereuen, den kennt plötzlich die ganze Welt. Das ist saugefährlich. Sie können sich mit Twitter Ihr Leben ruinieren!

Es gab eine kleine Abgesandte eines amerikanischen Medienunternehmens, sie hieß Justine Sacco, eine Amerikanerin. Die reiste eines Tages nach Südafrika. Bevor sie in die Maschine stieg, setzte sie einen Tweet ab: »Going to Africa. Hope I don't get AIDS. Just kidding. I'm white!«. Das fand sie lustig und setzte sich in die Maschine nach Kapstadt. Der Flug dauert irgendwie 10 oder 11 Stunden. Sie hatte da nur wenige Follower auf Twitter. Als sie in Südafrika ankam und landete, haben diesen Tweet 1,8 Millionen Menschen kommentiert, 16 Millionen gesehen. Ihr Konzern hat ihr mittlerweile gekündigt

und es erwartete sie am Flughafen eine Traube von Journalisten und Fotografen, um sie in Empfang zu nehmen. Das ist auch die Macht der sozialen Medien. Insofern: Seien Sie vorsichtig!

Anne Hähnig (Moderation): Hast du auch noch einen Ratschlag fürs Leben, Heinrich? Oder wollen wir es dabei belassen: »Don't drink and tweet«?

Dr. Heinrich Wefing: Ich habe ja nur 4 000 Follower auf Twitter, ich kann da keine wertvollen Ratschläge geben.

Anne Hähnig (Moderation): Vielen herzlichen Dank euch, Ihnen beiden, dass Sie hier waren und sich unterhalten, gestritten haben über das Thema Meinungsfreiheit. Vielen Dank Ihnen, die Sie so aufmerksam gelauscht haben. Haben Sie noch einen schönen Abend. Und vielen herzlichen Dank auch an den Sächsischen Landtag.





Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind erschienen:



Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de, per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.



Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011

Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012

Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal

Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012

Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013

Heft 6: »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013

Heft 7: »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?!« am 26. Mai 2015

Heft 8: Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« vom 28. bis 30. Oktober 2015

Heft 9: »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« am 7. Juni 2016

Heft 10: »Respektvoller Umgang im politischen Streit« am 31. Januar 2017

Heft 11: »Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen« am 18. September 2018

Heft 12: »Finanzstabilität in Europa« am 20. März 2019

Heft 13: »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« am 8. Oktober 2020



